



www.laender-analysen.de/ukraine

**QUO VADIS: ZWEI JAHRE POROSCHENKO
OLIGARCHEN IM FORBES-RATING 2016
JAMALAS SIEG BEIM EUROVISION SONG CONTEST
FREILASSUNG VON NADIJA SAWTSCHENKO**

■ KOMMENTAR		■ DOKUMENTATION	
Legitimationskrise des Präsidenten und brüchige Kräfteverhältnisse	2	Abstimmungen zur Abwahl des alten und Ernennung des neuen Generalstaatsanwalts	17
Von Katerina Bosko, Bremen		Die innenpolitischen Positionen zur Ernennung von Jurij Luzenko	18
Neopatrimoniale Demokratie in der Ukraine nach dem Euromaidan: vorläufige Ergebnisse	3		
Von Oleksandr Fisun, Charkiw		■ RATING	
»Konterrevolution« der Seilschaften oder sukzessives Systemlernen?	5	Ukrainische Milliardäre in der Forbes-Liste 2016	20
Von André Härtel, Kiew			
Eine neue Normalität	7	■ DOKUMENTATION	
Von Heiko Pleines, Bremen		Die Ergebnisse des Eurovision Song Contest 2016 in Tabellen	22
Das Kabinett Hrojsman: Weg aus der Krise oder in die Krise?	8	Presseschau und internationale Positionen zum Sieg Jamalas	24
Von Gerhard Simon, Köln			
Poroschenko als Übergangsfigur im ukrainischen Systemwandel	10	■ DOKUMENTATION	
Von Andreas Umland, Kiew		Freilassung von Nadija Sawtschenko	27
■ UMFRAGE			
Unterstützung des Präsidenten und Bewertung der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine	11	■ CHRONIK	
Vertrauen in die neue Regierung von Wolodymyr Hrojsman	13	9. – 22. Mai 2016	30
Aktuelle Wahlrends	15		



Forschungsstelle **Osteuropa**
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Ukraine-Analysen
werden unterstützt von

MANGOLD
Consulting

Legitimationskrise des Präsidenten und brüchige Kräfteverhältnisse

Von Katerina Bosko, Bremen

Die Ukraine versinkt schon wieder in einer Legitimationskrise. Im April 2016 erreichte das Unterstützungsniveau für Präsident Poroschenko den tiefsten Stand seit seiner Wahl vor zwei Jahren. 69 % der Bevölkerung haben ein Misstrauen gegenüber dem Präsidenten geäußert, 72 % der Ukrainer gaben an, dass sich die Ereignisse in der Ukraine in die falsche Richtung entwickeln (s. Grafik 4 auf S. 13). Die Wirtschaftskrise, die zu einer Verschlechterung des Lebensstandards in der Ukraine führt, macht eine neue politische Krise unausweichlich. Der Regierungswechsel hat die Situation nur teilweise entspannt. Fast zwei Drittel der Ukrainer glauben nicht, dass die politische Krise nach der Bildung einer neuen Koalition und dem Rücktritt von Arsenij Jazenjuk vorbei ist (s. Grafik 4 auf S. 14). Spätestens im Herbst, wenn die Bevölkerung tief in die Tasche greifen muss, um die neuen Kommunalтарife zu bezahlen, sind die neuen politischen Turbulenzen zu erwarten.

Bisher hat Petro Poroschenko versucht, seine Popularität durch aktive Öffentlichkeitspolitik zu erhöhen. So hat er zum Beispiel einen Gegendiskurs gestartet, um die Spekulationen um sein Vermögen zu neutralisieren. Noch als Präsidentschaftskandidat versprach Poroschenko, Geschäft und Politik durch den Verkauf seiner Unternehmensgruppe zu trennen. Dieses Wahlversprechen hat er zwar nicht gehalten, eine Erklärung dafür hat Poroschenko aber parat: Seine Schokoladenfabrik Roschen wird derzeit in einen sogenannten »blind trust« überführt. Das Verfahren soll gewährleisten, dass der Präsident zwar der Nutznießer des Unternehmens bleibt, sich während der Zeit des Blinden Treuhandvermögens aber nicht in seine internen Angelegenheiten einmischen darf.

Der Skandal um die Panama Papers hat dem Staatsschef auf den ersten Blick nur gering geschadet. Die Vorwürfe des investigativen Fernsehprogramms »Schemen« gegen den Präsidenten, er habe sich des Hochverrats und der Steuerhinterziehung schuldig gemacht, haben die Poroschenko-Juristen teilweise entschärft. Ebenso konnte sich die Opposition mit der Einrichtung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zu Offshore-Firmen in Poroschenkos Umgebung nicht durchsetzen. Bisher weigerte sich der neue Parlamentssprecher, einen dementsprechenden Gesetzesvorschlag auf die Tagesordnung zu setzen. Sollte es trotzdem zur Abstimmung über die Untersuchungskommission kommen, würde Poroschenko versuchen, ihre Besetzung und Aufgaben zum eigenen Vorteil zu bestimmen. Mehr noch, es kann ihm sogar gelingen: Die »oligarchischen« Gruppen Volkswille

und Wiedergeburt, die bestimmt kein Interesse an einer De-Offshorisierung haben, werden sich zweifellos an die Seite des heutigen Machtinhabers stellen.

Die akute Legitimationskrise zeigt aber, dass die Öffentlichkeitspolitik des Präsidenten nicht erfolgreich ist. Mittlerweile fragen sich die Journalisten, inwieweit das »blind trust« überhaupt »blind« sei. Nach letzten Enthüllungen hat Poroschenko die Roschen-Aktien auf eine neu gegründete Offshore-Firma übertragen, die von seinem alten Freund und Roschen-Topmanager Serhij Sajzew geleitet wird. Bei zurzeit günstigen Entwicklungen in der ukrainischen Landwirtschaft will Poroschenko die Kontrolle über sein Unternehmen also doch nicht abgeben. So ist das Gesamtvermögen des Präsidenten im Vergleich zum letzten Jahr um fast 100 Millionen auf 858 Millionen US-Dollar gestiegen (s. Tabelle 3 auf S. 21). Der Verlust von über eine halbe Milliarde US-Dollar im ersten postrevolutionären Jahr ist mit dem bescheidenen Wachstum des letzten Jahres zwar nicht vergleichbar. Allerdings mussten andere Oligarchen mit Besitz in der Metallurgie und dem Energiesektor im gleichen Zeitraum viel höhere Verluste verbuchen.

Der Regierungswechsel ist ein weiteres Beispiel für die gescheiterte Öffentlichkeitspolitik des Präsidenten. Als die alte Koalition im Februar 2016 durch Korruptionsvorwürfe die ersten offensichtlichen Risse bekam, hat sich Petro Poroschenko schnell auf Seite der Zivilgesellschaft gestellt und den Rücktritt des höchst unpopulären Jazenjuk gefordert. Die neue Koalitionsbildung hat sich aber als schwieriger erwiesen als gedacht. Fast zwei Monate intransparenter Rücksprachen brauchte man, um die neue Koalition aus Poroschenkos Block und Jazenjuks Volksfront als einzig möglichen Kompromiss auf die Beine zu stellen. Nun hat der Präsident viel mehr Kontrolle über das neue Ministerkabinett als zuvor. Das Ergebnis hat jedoch weniger mit dem Wunsch des Präsidenten nach mehr Macht zu tun, als mit der Not und der Sackgasse, in die er mit seiner Öffentlichkeitspolitik geraten ist. Nach zwei Jahren schmerzhafter Liberalisierungsreformen will jetzt niemand die Rolle der »Kamikaze«-Regierung übernehmen. Die Frage ist nun, ob der Präsident künftig, wie schon früher, auf mehr Kooptation setzen wird, also auf Integration verschiedener Akteure mit unterschiedlichsten Interessen. Oder ob er es wagt, mehr Macht an sich zu reißen und den politischen Gegnern mit anderen Mitteln als nur einem Gegendiskurs zu begegnen.

Nach dem Regierungswechsel ist der innenpolitische Handlungsspielraum des Präsidenten noch enger gewor-

den. Auf der einen Seite wird es deutlich schwieriger, die Schuld für Fehlentwicklungen anderen zuzuweisen, weil jetzt die Sündenböcke wie Jazenjuk fehlen. Auf der anderen Seite sind die ehemaligen Koalitionspartner Vaterland, Selbsthilfe und Radikale Partei in die Opposition gegangen und wollen bei den »Kooptationsspielen« des Präsidenten nicht mehr mitmachen. Die neuen Kräfteverhältnisse sind deshalb äußerst instabil. Die Stimmen der beiden Koalitionsparteien reichen gerade noch, um sich als parlamentarische Koalition zu bezeichnen. Selbst bei der Ernennung des neuen Premierministers und des neuen Generalstaatsanwalts musste sich Poroschenko auf die Stimmen der »oligarchischen« Gruppen Volkswille und Wiedergeburt verlassen (s. *Ukraine-Analysen 167* und Dokumentation auf S. 17). Es ist abzusehen, dass die Opposition in kritischen Momenten – wie etwa der Personalpolitik – auch weiterhin jede Unterstützung verweigert.

Wie auch früher trägt die Legitimationskrise zur weiteren Polarisierung bei. Jetzt gibt es eine kritische

Opposition im eigenen politischen Lager, die für viele Poroschenko-Wähler eine Alternative darstellt. In dieser Situation ist eine Re-Autokratisierung denkbar. Grund zur Besorgnis gibt es bereits: Momentan versucht Poroschenko, die Zentrale Wahlkommission mit loyalen Mitgliedern neu zu besetzen. Noch ist Zeit, die Fehlentwicklung zu vermeiden. Das kommende Jahr wird aber als Katalysator wirken. So wird Kiew im Jahr 2017 den Eurovision Song Contest ausrichten. Gleichzeitig wird es große Feierlichkeiten anlässlich des 100. Jahrestags der Ukrainischen Revolution von 1917 geben. Diese beiden Ereignisse werden für patriotische Stimmung sorgen. Ob sie die Autokratisierungstendenzen oder den Rückhalt für Reformen stärken, bleibt noch abzusehen. Während die politische Polarisierung eher zum ersten Ergebnis führen wird, könnte die Umorientierung auf die sozialen Reformen helfen, das Misstrauen in der Gesellschaft gegenüber Politikern zumindest teilweise zu überwinden.

Über die Autorin:

Katerina Bosko ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Redakteurin der Online-Zeitschrift »Ukraine-Analysen«.

Neopatrimoniale Demokratie in der Ukraine nach dem Euromaidan: vorläufige Ergebnisse

Von Oleksandr Fisun, Charkiw

Der Zusammenbruch des »superpräsidentiellen« Regimes von Wiktor Janukowitsch im Februar 2014 in Folge des Euromaidans führte zur politischen Pluralisierung, Entstehung von mehreren konkurrierenden Machtzentren sowie zur Fragmentierung des politischen Raumes, in dem regionale Eliten durch lokale politische Maschinen relative politische Autonomie von Kiew erreicht haben. Die formale Gestaltung des neuen Macht systems wurde im Februar 2014 nach einem Wechsel zu einer Premier-Präsidentialrepublik abgeschlossen, die die Rolle des Präsidenten als wichtigster Vetospieler in der ukrainischen Politik zu Gunsten des Parlaments und des Premierministers begrenzte.

Eine informelle Grundlage des neuen politischen Systems stellten die intransparenten Vereinbarungen über die Machtteilung zwischen den wichtigsten parteipolitischen Kräften des Euromaidans dar: Nach einer Vereinbarung in Wien im Frühling 2014 erhielt Poroschenko die Unterstützung der Gruppe Lewotschkin-Firtasch im Austausch für die Nominierung von Witalij Klitschko für den Posten des Bürgermeisters von Kiew;

die Loyalität der Gruppe Turtschinow-Jazenjuk wurde durch die Übertragung der de facto Kontrolle über das Kabinett garantiert. Die Wahl von Petro Poroschenko zum Präsidenten im Mai 2014 mit schon in der ersten Runde 54,7 % der Stimmen zeigte nicht nur die Konsolidierung der parteipolitischen Kräfte des Euromaidans (Jazenjuk, Turtschinow, Klitschko) um Poroschenko, sondern auch seine Unterstützung durch die alten Eliten und Oligarchen (Lewotschkin-Firtasch, Kolomoiskij).

Frühe Parlamentswahlen vom Oktober 2014 führten zur Bildung einer pro-europäischen Koalition im Parlament, die aus fünf politischen Parteien bestand und zusammen etwa 300 Stimmen, also eine Verfassungsmehrheit, kontrollierte – Block Petro Poroschenko (BPP), Volksfront von Arsenij Jazenjuk und Oleksandr Turtschinow, Vaterland von Julia Timoschenko, Selbsthilfe von Andrij Sadowyj und die Radikale Partei von Oleh Ljaschko (s. *Ukraine-Analysen 139*). Aufgrund des zweiten Platzes der BPP-Partei (nach Volksfront) in den nationalen Parteilisten konnte der Präsident seinen eigenen Kandidaten Wolodymyr Hrojsman nicht

für den Posten des Premierministers nominieren. Stattdessen betonte die Ernennung von Arsenij Jazenjuk von der Volksfront den Dualismus der Exekutive in dem Premier-Präsidialsystem und führte zur Bildung von zwei rivalisierenden Machtvertikalen, die verschiedene Segmente des Staatsapparates und dessen repressive und fiskalische Instrumente (etwa Strafverfolgungsbehörden, Justiz, Steuersystem, Staatsanwälte und Geheimdienst) sowie Ressourcen der staatlichen Unternehmen kontrollierten.

Um die Zersplitterung der Nationalversammlung und einen Mangel an einer eigenen leistungsfähigen Pro-Präsidenten-Partei zu überwinden, verwendet Petro Poroschenko zur Konsolidierung seiner Macht nach der Wahl im Mai 2014 mehrere Schlüsselstrategien:

1. *Der Aufbau der allgemeinen Partei des Präsidenten, die in der Lage sein wird, zumindest eine relative Mehrheit bei den Wahlen zu gewinnen.*

Diese Strategie basiert auf Patronage und Klientelismus, Kooptation von Vertretern der Staatsbürokratie und einflussreichen regionalen Baronen, die die Entwicklung der lokalen Parteiorganisationen finanzieren können, unter der Schirmherrschaft des Präsidenten.

Ein Schlüsselement ist hier die Absorption von anderen politischen Parteien und Netzwerken durch die Partei des Präsidenten. Ende August 2015 hat die BPP-Partei die UDAR-Partei von Witalij Klitschko de facto absorbiert. Die Volksfront-Partei von Arsenij Jazenjuk verzichtete auf die Teilnahme an Kommunalwahlen im Oktober 2015 und hat die Nominierung der Kandidaten zusammen mit der BPP-Partei koordiniert.

2. *Die Kontrolle über die regionalen Eliten, die ihre Regionen als patrimoniale Herrschaftsgebiete (votschina) betrachten und sogar über eigene paramilitärische Einheiten verfügen.*

Der Ausbau der präsidialen Einflussphäre über die regionalen Eliten erfolgt in erster Linie durch die Schirmherrschaft der regionalen Partei-Projekte, die in der Lage sind, die Vertreter der lokalen Regierung in die Parteistrukturen zu organisieren, die sich an dem Präsidenten orientieren. Ein Beispiel dafür ist die Partei »Unsere Region« – sie hat viele Mitglieder der Partei der Regionen aufgenommen, die aber der BPP-Partei nicht direkt beitreten durften bzw. wollten. Es gab bei den Kommunalwahlen im Oktober 2015 auch mehrere andere regionale Projekte mit gleichen Funktionen (s. [Ukraine-Analysen 159](#)).

Obwohl die BPP-Partei bei den Kommunalwahlen im Oktober 2015 die Mehrheit der Sitze gewann (in erster Linie durch die Übertragung der Kontrolle über die alten lokalen Patronagenetzwerke der Partei der Regionen an die BPP-Partei), konnte Petro Poroschenko die Kontrolle über die wichtigsten Millionenstädte der

Ukraine, mit Ausnahme von Kiew, nicht etablieren. Die Bürgermeister von Charkiw, Lwiw, Odessa und Dnipropetrowsk zum Beispiel sind die Vertreter der konkurrierenden politischen Kräfte geworden.

3. *Die Begrenzung des Einflusses der Oligarchen auf die Politik durch Unterminierung ihrer Ressourcenbasis in der Wirtschaft.*

Wichtig ist hier der Konflikt zwischen dem Präsidenten Petro Poroschenko und dem einflussreichsten ukrainischen Oligarchen Ihor Kolomojskij, einem der wenigen Oligarchen, die den Euromaidan unterstützten. In der Konfrontation mit Kolomojskij instrumentalisiert Poroschenko die Ressourcen des Staatsapparates, insbesondere die Staatsanwaltschaft, die das Strafverfahren gegen Top-Manager von Kolomojskij initiiert hat.

Die allmähliche Verdrängung von Kolomojskij von den Ressourcen der staatlichen Unternehmen hat seinen wirtschaftlichen Einfluss deutlich untergraben. Dies betraf aber nicht seinen politischen Einfluss. So kontrolliert Kolomojskij einen der führenden TV-Sender, »1+1«, und investiert aktiv in die Entwicklung eigener politischer Projekte. Neben der Partei UKROP treibt er ein anderes regionales Projekt voran – die Partei Wiedergeburt unter der informellen Führung von Witalij Homutynnik, die viele mit Kolomojskij assoziierte Vertreter der lokalen Eliten integriert hat und die sich genauso wie die Partei Unsere Region auf den ehemaligen Wähler der Partei der Regionen im Osten und Süden des Landes orientiert.

Die Funktionsweise der ukrainischen neopatrimonialen Demokratie, in der verschiedene Interessen durch Politik mit »Zuckerbrot und Peitsche« koordiniert werden, und in der der Präsident wieder die Rolle des übergeordneten Vetospielers bei formaler Erhaltung des Premier-Präsidialsystems einnimmt, wurde im April 2016 während Poroschenkos »Blitzkrieg« für eine Neuformierung der Koalitionsregierung unter Beweis gestellt. Der Rücktritt von Arsenij Jazenjuk macht die Volksfront zum Juniorpartner der BPP-Partei, während die Ernennung von Wolodymyr Hrojsman zum Premierminister die Voraussetzungen für die Stärkung des Einflusses des Präsidenten in der Regierung und im gesamten Exekutivsystem schafft. In der Tat hat die Ernennung von Wolodymyr Hrojsman den Dualismus und den Wettbewerb informeller Netzwerke innerhalb der Exekutive erheblich begrenzt. Gleichzeitig wurde der Premierminister in die Patronage-Pyramide des Präsidenten integriert. Diese Situation ähnelt den Tandems Pustowojtenko – Kutschma, Juschtschenko – Jechanurow und Janukowitsch – Asarow, in denen die Premierminister die Vertreter der Parteien des Präsidenten waren. Ein wichtiges Element für die Machtkonsolidierung von Petro Poroschenko ist die Ernennung von Jurij Luzenko

zum Posten des Generalstaatsanwalts im Mai 2016, die es dem Präsidenten ermöglicht, den Einfluss über die Staatsanwaltschaft als Instrument des präsidentialen Einflusses zu behalten.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Neuformatierung der Koalitionsregierung ist das Ziehen der neuen Grenzlinien zwischen den politischen Akteuren im Parlament. Die Abstimmung für die Kandidaten Hrojsman und Luzenko basierte nicht nur auf den Stimmen der BPP-Partei und der Volksfront, sondern auch auf Stimmen der beiden oligarchischen Gruppen Wiedergeburt (wird von Kolomoiskij kontrolliert) und Volkswille. Dies deutet darauf hin, dass Petro Poroschenko zur Implementierung seiner Politik auf die Unterstützung der oligarchischen Fraktionen angewiesen ist, die dafür mit bestimmten Zugeständnissen und Privilegien, Sicherung des Zugangs zu Ressourcen und Immunität vor Strafverfolgung »entlohnt« werden. Im Gegenteil, die Parteien der ehemaligen demokratischen Koalition 2014 werden zum Zentrum der anti-präsidentiellen Kräfte: Vaterland von Julia Timoschenko, Selbsthilfe und die Radikale Partei von Oleh Ljaschko, die oft mit parteilosen Abgeordneten kooperieren.

Auf diese Weise ermöglicht das System der neopatrimonialen Demokratie unter der Herrschaft der informellen Institutionen, den Wettbewerb zwischen den

Patronage-Netzwerken um den Zugang zu Ressourcen für die Bildung der flexiblen pro-präsidentiellen Koalitionen auf nationaler und lokaler Ebene zu nutzen, die die Schwäche der präsidentiellen Parteibasis kompensieren. Poroschenkos »Blitzkrieg« im Frühjahr 2016 zeigt, dass der Präsident durch Instrumentalisierung sowohl der formellen Institutionen der Premier-Präsidentialrepublik als auch der informellen Einflussmöglichkeiten der präsidentiellen Schirmherrschaft eine effektivere Antriebskraft für Koalitions- und Regierungsbildung sein kann als Vorsitzende der Parlamentsfraktionen.

Wird die Konsolidierung der Macht von Petro Poroschenko im April–Mai 2016 und seine Wandlung zum wichtigsten Vetospieler der ukrainischen Politik nach der Abschaffung des dualen Exekutiv-Modells der Jahre 2014–2015 zur Bildung einer neuen Variation des »superpräsidentiellen« Regimes führen? Wie strapazierfähig kann diese Struktur der politischen Macht in der Ukraine sein? Wird Poroschenko die Prinzipien des demokratischen Wettbewerbs bewahren? Wie effektiv sind die Politik der »informellen Vereinbarungen« und die Einbeziehung von oligarchischen Eliten, Vertretern der ehemaligen Regierungspartei und regionalen Barone in die Einflussosphäre des Präsidenten? Dies sind die Dilemmata der politischen Zukunft der Ukraine.

Übersetzung aus dem Russischen: Katerina Bosko

Über den Autor:

Oleksandr Fisun ist Professor für Politikwissenschaft und Lehrstuhlinhaber an der Nationalen Wassyl-Karasin-Universität Charkiw. Er ist einer der Experten von PONARS Eurasia Netzwerk.

Lesetipps:

Fisun, Oleksandr: »The Future of Ukraine's Neopatrimonial Democracy«, PONARS Eurasia Policy Memo #394 (October 2015), <<http://www.ponarseurasia.org/memo/future-ukraine-neopatrimonial-democracy>>

»Konterrevolution« der Seilschaften oder sukzessives Systemlernen?

Von André Härtel, Kiew

Mehr als zwei Jahre nach der »Revolution der Würde« macht sich wie schon nach der »Orangen Revolution« von 2004 innerhalb der internationalen Gemeinschaft eine Art neue »Ukraine-Müdigkeit« breit. Diese ist vor allem Folge einer in Washington und den EU-Hauptstädten wahrgenommenen Reformträgheit, wenn nicht gar eines Reformunwillens, der Kiewer Eliten.

Seit dem Amtsantritt Petro Poroschenkos als Präsident (Juni 2014) und insbesondere der zweiten Regierung Jazenjuk (Dezember 2014) sind zwar zahlreiche

Reformprojekte vor allem im makroökonomischen und sicherheitspolitischen Bereich angegangen worden. Die auch aus Expertensicht für einen qualitativ signifikanten Systemwandel erforderlichen Reformen lassen jedoch auf sich warten. Hierzu zählen insbesondere Reformen im Justizsystem und bei der Bekämpfung der Korruption, aber auch im Bereich der Privatisierung oder bei der Umsetzung der Dezentralisierung. In der Ukraine, so scheint es, hat sich nach den großen Hoffnungen im Zuge der revolutionären Ereignisse vor zwei Jahren schon wieder eine Art »partielles Reformgleichgewicht«

eingestellt. Seit langem gewachsene Interessen gewinnen nach einer kurzen Phase des »post-revolutionären Machtvakuum« (s. Ukraine-Analysen 156) wieder die Oberhand, drängen die progressiven Kräfte des »Maidan« in Institutionen und Gesellschaft an den Rand und konnten das Reformtempo entscheidend abbremsen.

Wie berechtigt ist dieses skeptische Urteil? Insbesondere die Vorgänge um das gescheiterte Misstrauensvotum gegen die zweite Regierung Jazenjuk im Februar 2016, die Absetzung des Generalstaatsanwaltes Wiktor Schokin und die abschließende Wahl Wolodymyr Hrojsmans zum Premierminister im April haben folgende Charakteristika eines sich nun scheinbar konsolidierenden »post-revolutionären« ukrainischen Regimes deutlich werden lassen:

1. Ist es weiterhin das *Seilschaften-Prinzip* welches die ukrainische Politik dominiert. Im Mittelpunkt der machtpolitischen Auseinandersetzungen stehen wie schon vor dem Maidan nicht politische Parteien oder »Camps« aus Reformern und Reformgegnern, sondern stark personalisierte Netzwerke, die auf langjährigen politischen aber vor allem ökonomischen Beziehungen und Abhängigkeiten beruhen. Dem Seilschaften-Prinzip wohnt allerdings eine anti-reformistische oder auch anti-demokratische Tendenz inne, da sich die politische Aktivität zwangsläufig an Einzel- und damit zumeist ökonomischen Interessen orientiert und der bis zu einem gewissen Grad bedeutungslose Parteienwettbewerb den Wähler in die Irre führt. Zudem hat sich das Netzwerk um den Präsidenten mit der Ernennung Hrojsmans zum Premier nun eine informell dominante Position verschafft, die dem politischen Wettbewerb kaum zuträglich sein wird.
2. Ist innerhalb der politischen Elite die Einigelung einer *Status-Quo-Fraktion* zu beobachten, die nur von einer patriotischen »Maidan«- und Reformankündigungsrhetorik überwölbt wird. Deutlich zu sehen ist dieses Phänomen an der Bildung der neuen Regierung, bei der bewusst sowohl auf radikale Reformer und internationale Technokraten als auch auf eine seit der Revolution angestrebte Einbindung überwiegend progressiver Parteien wie »Selbsthilfe« (Samopomitsch) verzichtet wurde (für die die Beteiligung an einer solchen Regierung aber bezeichnenderweise selbst nicht in Frage kam). Ein zweiter Beleg sind die unheilvollen Vorgänge um die weiterhin nach sowjetischem Modell funktionierende Generalstaatsanwaltschaft. Hier machen das lange Festhalten Poroschenkos an Wiktor Schokin, die Entlassung und anschließende Strafverfolgung progressiver Kräfte sowie das politische Geschacher um die Neubesetzung vor allem eines klar: Die derzeit

Herrschenden haben kein Interesse an der geforderten Reform des Justizsystems, die mit Herrschafts- und Kontrollverlust gleichgesetzt wird.

3. Schließlich ist trotz des Maidan und den anschließenden Bemühungen zur De-Oligarchisierung weiterhin eine starke *Beharrungskraft sogenannter Reservebereiche* im politischen System zu beobachten, welche die Autonomie der demokratisch bestellten Institutionen in Frage stellt. Insbesondere beim gescheiterten Misstrauensvotum gegen die Jazenjuk-Regierung im Februar war zu beobachten, das weiterhin signifikante Teile des Parlaments durch Oligarchen wie Rinat Achmetow oder Ihor Kolo-moiskij kontrolliert werden. Diese »Hybridität« des politischen Systems zieht sich allerdings durch fast alle Institutionen wie die Schlüsselministerien oder auch die Staatsanwaltschaft. Hier ziehen teilweise altbekannte Akteure wie die oben genannten, aber auch neue, wie der Oligarch Konstantin Grigorischin oder der als »grauer Kardinal« bekannte Poroschenko-Geschäftsfreund Ihor Kononenko, die Fäden.

In der Tat scheinen all diese Aspekte jenen Recht zu geben, die sich schon früher skeptisch zum Reformpotential der ukrainischen Post-Maidan Eliten geäußert haben. Dennoch bleibt zu fragen, ob die neuerliche »Ukraine-Müdigkeit« der internationalen Gemeinschaft nicht auch auf eine überzogene, unrealistische Erwartungshaltung zurückzuführen ist. Oder ob – nur zwei Jahre nach den Ereignissen des Maidan – überhaupt ein anderer, deutlich positiverer Sachstand denkbar ist. Schließlich müssen wir uns fragen, ob wir uns nach dem »Ende des Transformationsparadigmas« der 1990er und frühen 2000er Jahre und dem Infragestellen diesbezüglicher Theorien überhaupt noch eine konkrete Vorstellung davon machen können, in welcher Form und in welchen Zeiträumen politische Entwicklung in EU-Nachbarländern ohne Beitrittsperspektive vor sich geht.

Um dies fair beurteilen zu können, reicht ein isolierter Blick auf die Ukraine, deren Eliten und den kurzen Zeitraum nach der »Revolution der Würde« nicht aus. In einer Region, in der insgesamt eher ein Trend zur Re-Autoritarisierung zu beobachten ist, ist in der Ukraine zwar noch keine konsolidierte Demokratie entstanden. Jedoch gibt es ein anhaltendes und fruchtbares Ringen zwischen hauptsächlich zivilgesellschaftlichen und wenigen politisch-progressiven Akteuren auf der einen Seite und von Status-Quo-orientierten und die Institutionen bisher noch beherrschenden Gruppen auf der anderen Seite.

Dieser Kampf ist nicht entschieden, hat aber gerade durch den Maidan als Katalysator und die internationale Begleitung der Prozesse eine Dynamik und Qua-

lität erreicht, die langfristig das Fundament für eine neue, pluralistische Ordnung sein kann. Zudem hat sich vor allem innerhalb der ukrainischen Gesellschaft, aber auch bei Teilen der alten Elite über drei revolutionäre Zyklen ein Lernprozess eingestellt, der insbesondere bei ersterer ein gestiegenes Bewusstsein für Selbstorganisation, politische Kontrolle und den Vorrang des

Rechts hat entstehen lassen. Die zu Recht kritische internationale Gemeinschaft sollte sich daher gut überlegen, ob sie aus einer unrealistischen Erwartungshaltung heraus die Unterstützung für Kiew einschränkt oder das »sukzessive Systemlernen« weiter durch starke eigene Reformanreize und auch Sanktionen für Fehlverhalten unterstützt.

Über den Autor:

Dr. André Härtel ist DAAD-Fachlektor für »Deutschland- und Europastudien« an der Nationalen Universität Kiewer Mohyla-Akademie.

Lesetipps:

Härtel, André: Das Postrevolutionäre Machtvakuum als Quelle der ukrainischen Reformträgheit, in: *Ukraine-Analysen* Nr. 156, 30.09.2015, S. 2–6.

Eine neue Normalität

Von Heiko Pleines, Bremen

Die Kontrolle über die Krim hat die Ukraine mit der russischen Annexion der Halbinsel auf absehbare Zeit verloren. Dasselbe muss nun wohl auch für die Separatistengebiete im Osten des Landes konstatiert werden. Obwohl der vereinbarte Waffenstillstand täglich gebrochen wird und die OSZE-Beobachtermission im Kampfgebiet zunehmend bedroht wird, rechnet niemand mit größeren Militäraktionen, die die Waffenstillstandslinie nachhaltig verschieben könnten.

Die in den Minsker Vereinbarungen vorgesehene dauerhafte Lösung des Konfliktes ist ebenfalls unrealistisch. In der Ukraine ist die Verfassungsreform, die den Separatisten Autonomie gewähren soll, politisch nicht durchsetzbar. Die Separatisten wiederum sind nicht bereit, freie und faire Wahlen in ihrem Gebiet zu riskieren, da sie sich des Ergebnisses nicht sicher sein können.

Gleichzeitig haben sich die beiden »Volksrepubliken« in der Ostukraine mit massiver russischer Hilfe konsolidiert und sind entgegen einiger früherer Prognosen weder von einem organisatorischen Kollaps noch von Massenprotesten der verbliebenen Bevölkerung bedroht. Regelmäßige russische Hilfskonvois – bisher 50 mit insgesamt über 60.000 Tonnen Hilfsgütern – über die unkontrollierte russische Grenze in die Separatistengebiete stellen die Versorgung sicher. Die Volksrepubliken besitzen mittlerweile auch die Organe und Regeln von Staaten und sind somit zu de facto-Staaten geworden – ähnlich wie vorher bereits mit russischer Unterstützung Transnistrien, Abchasien und Südossetien.

Die Ukraine muss sich deshalb auf eine neue Normalität einstellen. Dabei geht es nicht nur darum, dass die Krim und Teile des Donbass nicht mehr unter ukrainischer Kontrolle sind und die wirtschaftlichen Verflechtungen mit diesen Gebieten und auch mit Russland zu einem großen Teil abgerissen sind. Es bedeutet auch, dass die Ukraine über 1,5 Millionen Binnenflüchtlinge langfristig integrieren muss. Die Kämpfe an der Waffenstillstandslinie in der Ostukraine belasten außerdem die innere Sicherheit. Waffen gelangen unkontrolliert ins ganze Land, die Gewaltkriminalität hat zugenommen und traumatisierte Teilnehmer und Opfer der Kämpfe, darunter viele Kinder, benötigen eine psychologische Betreuung, die in der Ukraine noch nicht existiert.

Auf der Seite der politischen Eliten der Ukraine gilt trotz der ursprünglich großen Hoffnungen in junge Reformer und eine erstarkende Zivilgesellschaft allerdings immer noch die alte Realität. Da moralisch integre Lichtgestalten wie Mahatma Gandhi oder Nelson Mandela nur in historischen Ausnahmefällen politische Macht erhalten, sind in der Ukraine weiterhin Politiker an der Macht, die zu den alten Eliten gehören und denen die eigene Machtsicherung, die eigene Schokoladenfabrik und der eigene Fernsehsender wichtiger sind, als eine moralische Erneuerung der Politik. Sie nehmen die oben aufgezählten Probleme mehrheitlich als Ausrede für den Verzicht auf unangenehme Reformen und nicht als Warnsignal, dass durchgreifende Reformen dringender denn je benötigt werden.

Wenn der Euromaidan einen Demokratisierungsschub darstellt, dann müssen in der Ukraine in dieser Situation demokratische Prinzipien greifen. Demokratien gehen ja gerade nicht davon aus, dass die Besten an die Macht kommen. Dann wäre der wohlwollende Diktator die optimale Lösung. Stattdessen basieren Demokratien auf der Einsicht, dass Macht jeden korrumpieren kann und die Machthaber deswegen ständig kontrolliert werden müssen, sowohl durch gegenseitige Kontrolle im Rahmen der Gewaltenteilung als auch durch die Bevölkerung im Rahmen von Wahlen und freier Medienberichterstattung. Diese Kontrolle zwingt die Machthaber – so die demokratische Idee – im Interesse des eigenen Machterhalts die Interessen der Bevölkerung und damit des ganzen Landes zu berücksichtigen.

Ein Teil dieser Idee funktioniert auch in der Ukraine. Die Bevölkerung ist mit der Politik unzufrieden, und sowohl Wahlprognosen als auch freie Medien geben dieser Unzufriedenheit sichtbar Ausdruck. Die Politiker reagieren aber nicht auf diese Signale. Offensichtlich fehlt der Druck, der für durchgreifende Verhaltensänderungen erforderlich wäre.

Damit scheint sich die Geschichte der Orangen Revolution zu wiederholen. Die politischen Eliten schaffen es innerhalb nur eines Jahres, breite Reformbegeisterung und einen Vertrauensvorsprung in Frustration zu verwandeln. Ein solcher Fehler wiegt im Wiederholungsfall immer schwerer. Wenn ein Land wie die Ukraine am Abgrund steht, ist er unverzeihlich. Dies

Über den Autor:

Prof. Dr. Heiko Pleines leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Er ist am EU-geförderten Graduiertennetzwerk »Post-Soviet Tensions« beteiligt.

Das Kabinett Hrojsman: Weg aus der Krise oder in die Krise?

Von Gerhard Simon, Köln

Präsident Petro Poroschenko initiierte am 16. Februar 2016 eine Regierungskrise; er forderte Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk und Generalstaatsanwalt Viktor Schokin öffentlich auf, zurückzutreten. Weil der Präsident aber nicht über die Kompetenz verfügt, diese Schlüsselstellungen der Exekutive und Judikative aus eigener Machtvollkommenheit zu besetzen, dauerte es zwei und im Fall des Generalstaatsanwalts drei Monate, ehe Poroschenko seine Wunschkandidaten installiert hatte. Zwei Monate lang gab es nur eine amtsführende Regierung, die Parlamentsarbeit war stark eingeschränkt, die westlichen Partner höchst beunruhigt und die russi-

markiert das historische Versagen des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko.

Wenn die Ukraine trotzdem ihre Krise bewältigen will, braucht sie einen funktionierenden Rechtsstaat, der die alten Eliten diszipliniert, und eine neue glaubwürdige, demokratische Bewegung, die sich überzeugend zur Wahl stellt. Es verlangt viel Optimismus, vor allem auf Seiten der ukrainischen Bevölkerung, an diesen langen und schweren Weg zu glauben.

Es geht aber nicht nur um demokratische Prinzipien in der Ukraine, sondern auch um Prinzipien des internationalen Rechts. Genau wie in der Ukraine die Dominanz der alten inkompetenten und korrupten politischen Eliten zunehmend pragmatisch bis resignierend akzeptiert wird, so scheint die EU zunehmend bereit zu sein, die russische Annexion der Krim und die russische Unterstützung für die Separatisten in der Ostukraine als neue Normalität zu verstehen.

Wenn die Verletzung von Regeln keine nachhaltigen Konsequenzen hat, dann kann weder bei den Reformbemühungen in der Ukraine noch beim internationalen Auftreten Russlands mit einer Verbesserung gerechnet werden. Diejenigen, die für eine Einhaltung der Regeln stehen, werden dann als schwach angesehen und mit Arroganz bestraft – sei es die ukrainische Bevölkerung im Falle der Demokratisierung des Landes oder die EU im Falle der Sicherung der territorialen Integrität von Staaten. Beides sollte nicht Teil einer neuen Normalität werden.

sche Propaganda siegessicher. War die absichtlich herbeigeführte Regierungskrise gerechtfertigt? Auch wenn die neuen Männer, Hrojsman als Premier und Luzenko als Generalstaatsanwalt, durchaus kompetent sind, bleibt die Frage bestehen. Poroschenko wollte offenbar mit seinem Coup im Februar Handlungsfähigkeit demonstrieren und der Gesellschaft Vertrauen einflößen. Bislang ist ein wachsendes Vertrauen nicht sichtbar geworden.

Hintergrund der Regierungskrise war die tief sitzende Enttäuschung in der Gesellschaft zwei Jahre nach dem siegreichen Maidan; viele sahen sich um die Früchte des Maidan betrogen. Die Hoffnung auf wirtschaftliche

Erholung kam nicht bei den Menschen an. Da lag es nahe, die Regierung und insbesondere den Premierminister zum Sündenbock zu machen, denen man natürlich Versäumnisse vorhalten konnte. Umfragen zeigten, dass die Akzeptanz für die Regierenden in der Gesellschaft insgesamt seit 2015 unaufhaltsam fiel. Aber auch nach der Amtsübernahme der neuen Regierung am 14. April 2016 trat keine Trendwende ein. 42 Prozent der Ukrainer stehen nach einer Umfrage des Razumkow-Zentrums nicht hinter der Ernennung von Hrojsman zum Ministerpräsidenten; 35 Prozent unterstützen diese Entscheidung (s. Grafik 4 auf S. 17). Eine Mehrheit von 44 Prozent glaubt, die Effizienz der neuen Regierung werde sich nicht von jener der alten unterscheiden.

Wolodymyr Hrojsman, der seit November 2014 Parlamentspräsident war, gehört zur politischen Seilschaft von Präsident Poroschenko, beide kommen aus Winniza. Seine Wahl zum Ministerpräsidenten am 14. April 2016 signalisiert einen Machtzuwachs des Präsidenten. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Regierungschef und Präsident kann für die praktische Regierungsarbeit von Vorteil sein. Ob sie allerdings im Parlament die notwendige Unterstützung findet, muss die Zukunft zeigen. Denn die parlamentarische Basis des Kabinetts Hrojsman in der Werchowna Rada ist deutlich schmäler als die der Vorgängerregierung. Drei kleinere Parlamentsfraktionen (Selbsthilfe, Radikale Partei, Vaterland) sind nicht wieder in die Regierungskoalition zurückgekehrt, die deshalb nur aus den beiden Fraktionen Block Petro Poroschenko und Volksfront besteht. Zudem verweigerten einige Radikalreformer aus den eigenen Reihen Hrojsman ihre Stimme bei der Wahl zum Regierungschef. Er war deshalb auf die Stimmen von zwei Abgeordnetengruppen »Wiedergeburt« und »Volkswille« angewiesen (s. [Ukraine-Analysen 167, S. 5](#)). Beide gelten als Lobby der Oligarchen im Parlament, deren Einfluss der Maidan gerade zurückzudrängen versprochen hatte. Das Kabinett Hrojsman verfügt also anders als das Kabinett Jazenjuk nicht über eine sichere Parlamentsmehrheit, die allerdings seit Herbst 2015 zunehmend bröckelte, und ist deshalb auf das Aushandeln situativer Mehrheiten von Fall zu Fall angewiesen. Hinterzimmerabsprachen werden zur Voraussetzung erfolgreicher parlamentarischer Arbeit.

Zwei ausgewiesene Wirtschaftsreformer sind im neuen Kabinett nicht mehr vertreten: Aivaras Abromavičius als Wirtschaftsminister und Natalija Jaresko als Finanzministerin. Insbesondere der international gerühmte Wirtschaftsfachmann Abromavičius erwies sich als von der Präsidialadministration nicht lenkbar.

Über den Autor:

Prof. Dr. Gerhard Simon ist Historiker und war Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und lehrte an den Universitäten Köln und Bonn.

Kontinuität verkörpern im neuen Kabinett der Außen- (Klimkin), der Innen- (Awakow) und der Verteidigungsminister (Poltorak) (s. [Ukraine-Analysen 167, S. 3](#)).

Zu den größten unmittelbaren Herausforderungen für die neue Regierung gehören Reformschritte in der Wirtschaft und in der Justiz. Derzeit verhandelt der Internationale Währungsfond in Kiew über die Auszahlung der dritten Tranche in Höhe von 1,7 Milliarden US-Dollar aus dem Kredit vom März 2015; seit September 2015 lag die Auszahlung auf Eis. Zusammen mit Krediten der USA und der EU handelt es sich um ein Paket von 3,5 Milliarden US-Dollar, die die Ukraine dringend braucht. Voraussetzung für einen erfolgreichen Abschluss mit dem IWF ist die Verabschiedung einer Reihe von Reformgesetzen in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Deregulierung und Privatisierung von Staatsbetrieben, die dem Parlament vorliegen.

Große Hoffnungen auf Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung ruhen auf Jurij Luzenko, dem neuen Generalstaatsanwalt, der als Poroschenkos Wunschkandidat in einem parlamentarischen »Blitzkrieg« (Ukrajinska Prawda) am 12. Mai 2016 vom Parlament bestätigt wurde. Für Luzenko, den bisherigen Fraktionsvorsitzenden des Blocks Petro Poroschenko und einen der engsten Vertrauten des Präsidenten, musste das Gesetz über den Generalstaatsanwalt geändert werden, weil Luzenko nicht über eine juristische Hochschulbildung verfügt. Dennoch besteht an seiner Qualifikation für dieses Amt kein Zweifel. Er war in mehreren Kabinetten der »oranen« Regierung seit 2005 Innenminister. Unter Präsident Janukowitsch wurde er in einem politischen Prozess, ähnlich wie Julija Timoschenko, zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt, im April 2013 aber vorzeitig aus der Haft entlassen. Luzenko gilt seit langem als unbeugsamer und prononcierter Sprecher für eine westlich-europäische Ukraine. Sein Temperament ist legendär. Der Vorgänger im Amt des Generalstaatsanwalts Schokin galt eher als Schutzpatron der Korruptionäre. Auf Luzenko wartet eine Sisyphusarbeit.

Die neuen Führungspersonen bilden ein ziemlich einheitliches Team, und sie haben die Chance mit frischen Kräften der Politik neue Anstöße zu geben. Auf der anderen Seite: Das Kabinett Hrojsman und der neue Generalstaatsanwalt bedeuten eine Machtkonzentration beim Präsidenten bei gleichzeitig schmäler gewordener Basis im Parlament und abnehmendem Rückhalt in der Gesellschaft: eine in der Ukraine gefährliche Entwicklung, wo die Gesellschaft autoritären Tendenzen mit wachem Misstrauen und Widerstand begegnet.

Poroschenko als Übergangsfigur im ukrainischen Systemwandel

Von Andreas Umland, Kiew

Petro Poroschenko, der seit Juni 2014 Präsident der Ukraine ist, wird in der sozialwissenschaftlichen, publizistischen und Medienanalyse des Westens meist in erster Linie in seiner Eigenschaft als »Oligarch«, Großfabrikant, Milliardär (bzw. seit 2014 »nur« noch Multimillionär), »Schokoladenkönig«, Wirtschaftsmagnat usw. wahrgenommen. Welche historische Rolle werden Geschichtswissenschaftler einst dem *Politiker* Poroschenko und seinem Einfluss auf das Schicksal seines Landes zuschreiben? Die Beantwortung dieser Frage wird nicht nur von seiner derzeitigen Präsidentschaft bestimmt werden.

Poroschenko war zuvor schon eine aktive, profilierte und sichtbare politische Figur. Bis 2014 war er im Ausland als Politiker nur wenig bekannt, hatte jedoch bereits erheblichen Einfluss auf die Geschicke seines Landes genommen. So war er einer der Mitgründer der Partei der Regionen, die später als die »politische Maschine« Wiktor Janukowitschs berühmt-berüchtigt wurde. Poroschenko war zeitweise Parlamentsausschussvorsitzender, Sicherheitsratssekretär, Zentralbankchef sowie Außen- und Wirtschaftsminister der Ukraine. Unter dem früheren prowestlichen Präsidenten Wiktor Juschtschenko, für dessen Töchter Poroschenko Patenonkel ist, spielte der heutige Präsident von 2005 bis 2010 einen wichtigen Part bei Juschtschenkos bizarren Scharmützeln mit der zweifachen Premierministerin Julia Timoschenko (s. *Ukraine-Analysen* 10). Während sowohl der »Orangen Revolution« 2004 als auch des »Euromaidans« 2013/2014 spielte Poroschenko als finanzieller Sponsor der ukrainischen Zivilgesellschaft und mit seinem Fünften Fernsehkanal als regierungskritisches Medium eine – im Sinne der ukrainischen Demokratisierung – weitgehend positive Rolle.

Mitte 2016 erscheint Poroschenko als ein – wie auch Juschtschenko – von einer Massenbewegung ins höchste politische Amt gespülter Kleingeist, der die historische Chance, die sich ihm bietet, nicht begreifen kann oder will. Poroschenko hatte (und hat womöglich immer noch) die Möglichkeit, als ein Reformers in die Geschichte seines Landes einzugehen. Scheinbar wird er jedoch bestenfalls als eine ambivalente Übergangsfigur in politisch schwierigen Zeiten betrachtet werden. Schlimmstenfalls könnte weiteres Ungeschick in seiner verbleibenden Amtszeit Poroschenko zwingen, sein Amt in Unehren aufzugeben.

In einer nützlichen Übersicht im wichtigsten neuen russischsprachigen politischen Wochenmagazin der Ukraine »Neue Zeit« (Nowoe wremja, Nr. 13

[94], 8.4.2016, S. 18–21) hat die profilierte ukrainische Journalistin Chrystyna Berdyskych unter der Überschrift »Die 10 Fehler des Präsidenten« die schwerwiegendsten Unterlassungssünden Poroschenkos als Präsident der Ukraine prägnant aufgelistet:

1. Die Kombination von Geschäftstätigkeit mit dem Präsidentenamt, obwohl Poroschenko vor der Wahl versprochen hatte, etwa seinen Süßwarenkonzern »Roschen« zu verkaufen;
2. die Duldung der Untätigkeit der Generalstaatsanwaltschaft bei der Korruptionsbekämpfung, obwohl dieses Organ sich unter der faktischen Kontrolle des Präsidenten befindet;
3. die Kooperation mit diskreditierten politischen Figuren, wie Oles Dohij, ein windiger ehemaliger Gehilfe des berüchtigten früheren Kiewer Bürgermeisters Leonid Tschernowezkij;
4. die Fortführung von Günstlingswirtschaft, wie bei der Ernennung des vormaligen Produzenten von Poroschenkos Fünften Fernsehkanal Jurij Stez zum Minister für Informationspolitik;
5. die Fortsetzung der Praxis von Hinterzimmerdeals mit »Oligarchen«, wie Dmytro Firtasch, Rinat Achmetow und Ihor Kolomojskij;
6. der schräge Nepotismus des neuen Präsidenten, der seinen zuvor schon offen protegierten leiblichen Sohn im Oktober 2014 zum Parlamentsabgeordneten machte;
7. der Verbleib des Fünften Fernsehkanals im Besitz des Präsidenten nach seinem Amtsantritt, was eine gewisse Ähnlichkeit Poroschenkos zu Silvio Berlusconi erzeugt;
8. die Zulassung dubioser Wahlkampfpraktiken bei den Nachwahlen zum ukrainischen Parlament in der Region Tschernihiw im Juli 2015;
9. die Deckung zweifelhafter Praktiken enger Vertrauter, wie des Parlamentsabgeordneten Ihor Kononenko, dessen Manipulationsversuche im Februar 2016 eine Regierungskrise auslösten;
10. der Skandal um das Auftauchen des Namens von Poroschenko und einiger Personen aus seinem Umfeld in den »Panama Papers«.

Man könnte eine Reihe weiterer Fehlentwicklungen und -entscheidungen unter Poroschenko hinzufügen.

Als mildernder Umstand kann lediglich gelten, dass der heutige ukrainische Präsident mit außen- und innenpolitischen Problemen konfrontiert war, welche die schon enormen Herausforderungen an den ersten postsowjetischen ukrainischen Präsidenten Leonid

Krawtschuk von 1991 bis 1994 noch übersteigen. Poroschenko ist zu einer Zeit und in einer Situation Präsident geworden, in welcher der ukrainische Staat durch einen neuen Typ hybrider Kriegsführung seitens Russlands massiv unterwandert und von einer ganzen Reihe damit zusammenhängender gleichzeitiger tiefer Krisen in der Wirtschaft, im Staatswesen und in der Gesellschaft erschüttert wird. Vor diesem Hintergrund kann es bereits als Erfolg gelten, dass die Ukraine als Staat überhaupt noch existiert. Es scheint jedoch zweifelhaft, dass künftige Historiker diese für sich genommen beachtliche Errungenschaft in erster Linie dem politischen Geschick Poroschenkos zuschreiben werden.

Die postsowjetische Ukraine hat im Rückblick bislang Präsidenten gehabt, von denen einer schlimmer als der andere war. Vor diesem Hintergrund sollte die Ukraine bei ihrer anstehenden Verfassungsreform das heutige Präsidentenamt durch ein gänzlich neues ersetzen. Das ukrainische Staatsoberhaupt könnte zum Beispiel in etwa demjenigen des deutschen Bundespräsidenten entsprechen, d. h. die Ukraine würde zu einem vollständig parlamentarischen System übergehen. Ein solcher politischer Strukturwandel stände im Einklang mit den Befunden vergleichender Politikwissenschaft, die jungen Demokratien empfiehlt, sich als parlamentarische Republiken zu konstituieren (s. Ukraine-Analysen 64).

Über den Autor:

Dr. Andreas Umland ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Euro-Atlantische Kooperation Kiew und Herausgeber der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society« des *ibidem*-Verlags, Stuttgart.

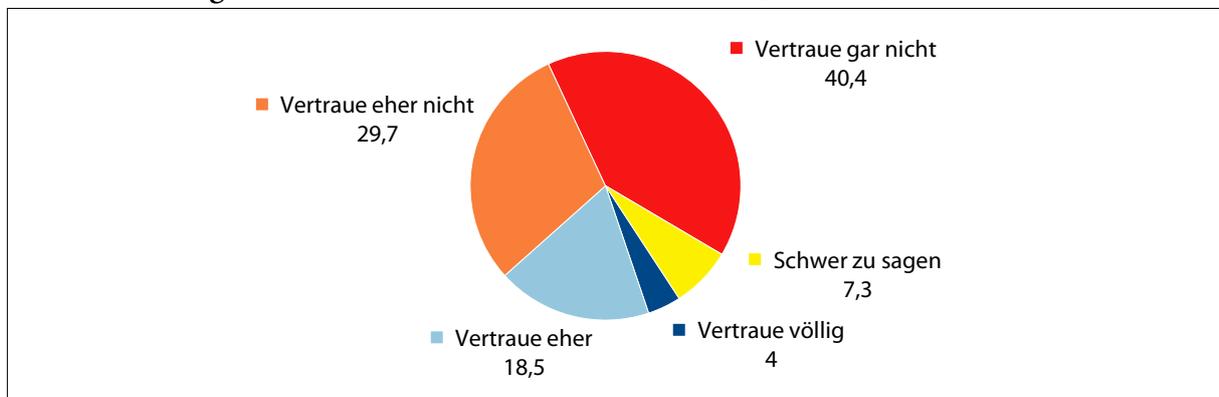
Lesetipps:

- Umland, Andreas, »Frisst die Revolution ihre Kinder? Petro Poroschenko als Doppelmörder der Orangen Koalition«, in: Ukraine-Analysen Nr. 10, 27.06.2006, S. 14.
- Umland, Andreas, »Die semipräsidentielle Sackgasse der post-orangen Ukraine«, in: Ukraine-Analysen Nr. 64, 10.11.2009, S. 8–11.

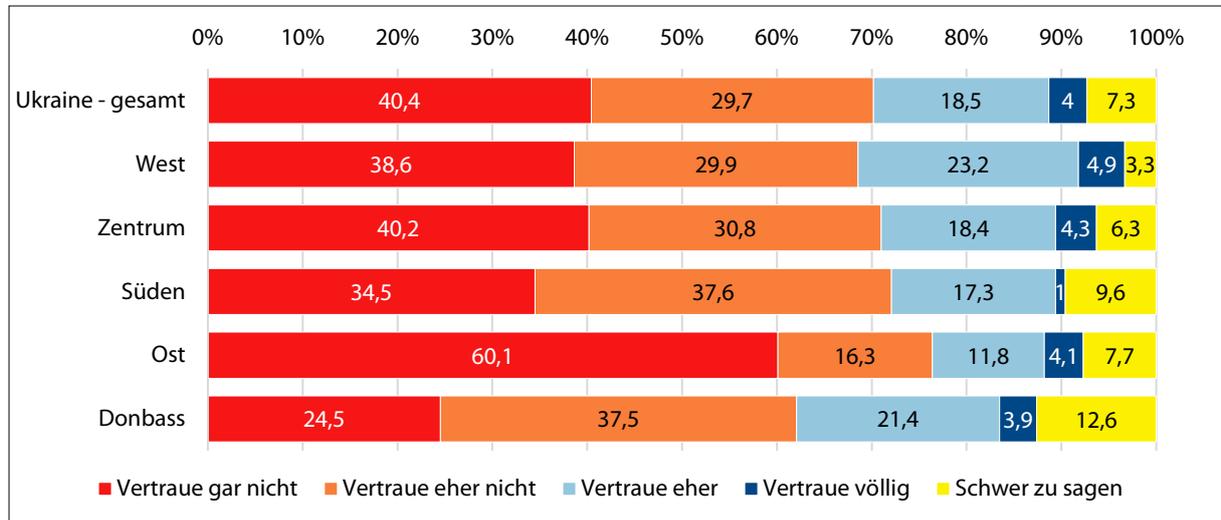
UMFRAGE

Unterstützung des Präsidenten und Bewertung der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine

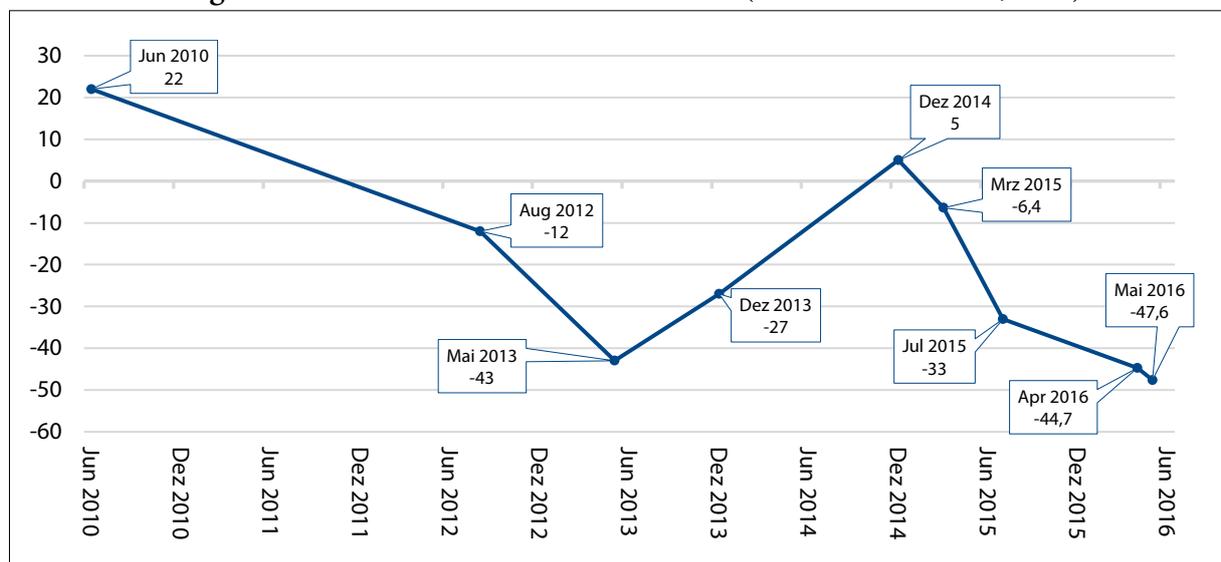
Grafik 1: Wie groß ist Ihr Vertrauen in den Präsidenten? (Mai 2016)



Quelle: Repräsentative Umfragen des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum (N=2016 außer Krim und Teile des Donbass) vom 11. bis zum 16. Mai 2016 (<<http://www.dif.org.ua/ua/publications/press-relizy/fnvkjwolgvjrogj.htm>>)

Grafik 2: Wie groß ist Ihr Vertrauen in den Präsidenten? (Mai 2016, nach Regionen)

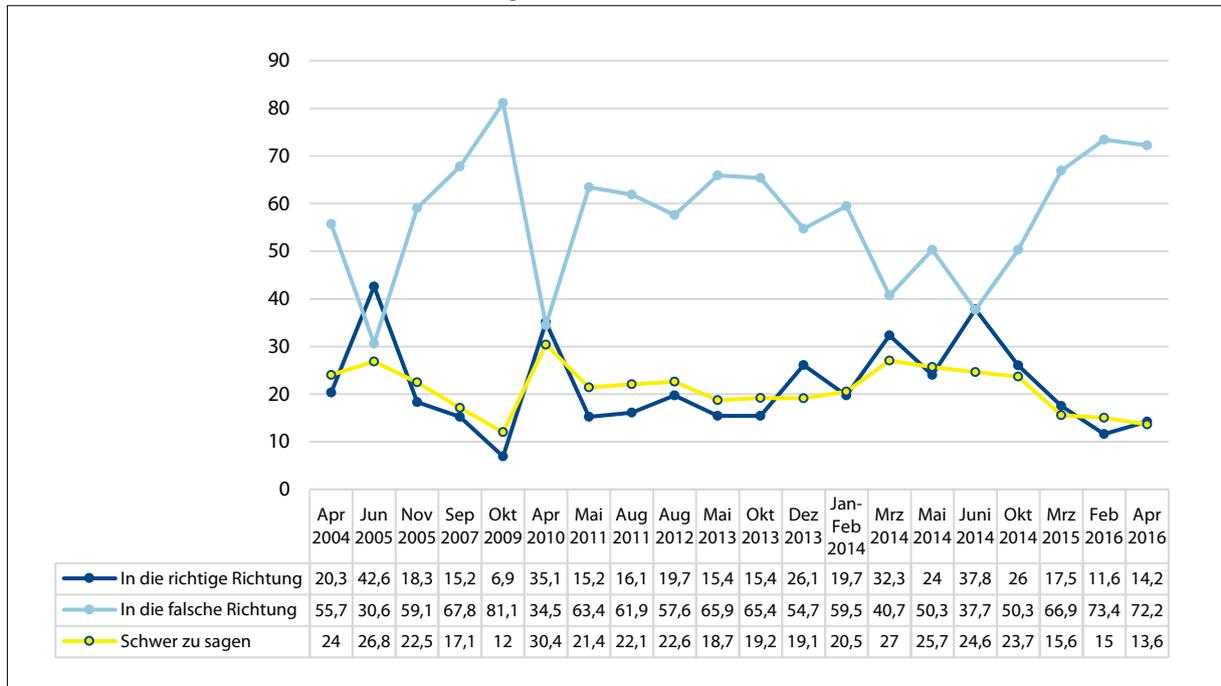
Quelle: Repräsentative Umfragen des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum (N=2016 außer Krim und Teile des Donbass) vom 11. bis zum 16. Mai 2016 (<<http://www.dif.org.ua/ua/publications/press-relizy/fnvkjwolgvjrojg.htm>>)

Grafik 3: Wie groß ist Ihr Vertrauen in den Präsidenten? (Vertrauensbalance*, in %)

* Differenz zwischen den Antworten »Vertraue dem Präsidenten völlig«/»Vertraue dem Präsidenten eher« und »Vertraue dem Präsidenten gar nicht«/»Vertraue dem Präsidenten eher nicht«

Quelle: Repräsentative Umfragen des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) und des Rasumkow-Zentrums (s. Ukraine-Analysen Nr. 160, S. 12; <http://www.uceps.org/upload/1463122497_file.pdf>; <<http://www.dif.org.ua/ua/publications/press-relizy/fnvkjwolgvjrojg.htm>>).

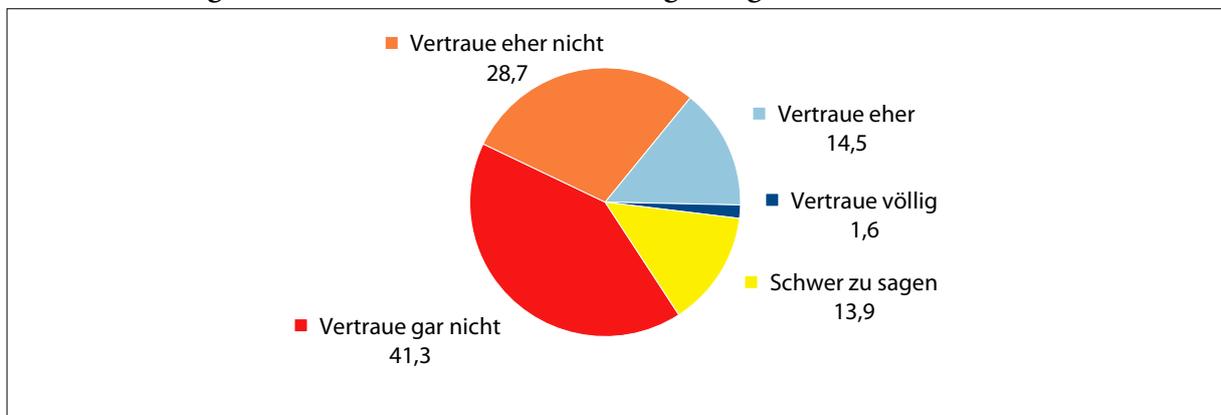
Grafik 4: Wie entwickeln sich die Ereignisse in der Ukraine? (in %)



Quelle: Repräsentative Umfragen des Rasumkow-Zentrums (<http://www.uceps.org/upload/1463122497_file.pdf>; Ukraine-Analysen Nr. 143, S. 15).

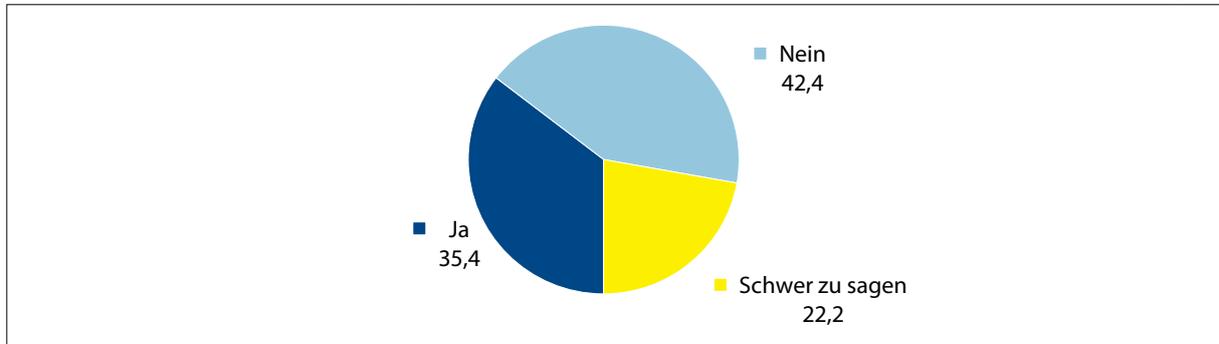
Vertrauen in die neue Regierung von Wolodymyr Hrojsman

Grafik 1: Wie groß ist Ihr Vertrauen in die neue Regierung? (Mai 2016)



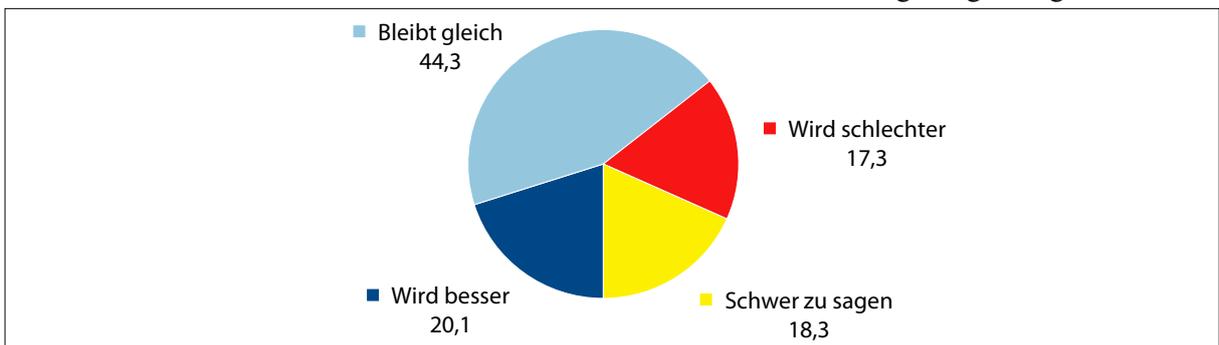
Quelle: Repräsentative Umfragen des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum (N=2016 außer Krim und Teile des Donbass) vom 11. bis zum 16. Mai 2016 (<<http://www.dif.org.ua/ua/publications/press-relizy/fnvkjwolvjrogj.htm>>)

Grafik 2: Am 14. April 2016 hat die Werchowna Rada der Ukraine das neue Ministerkabinett von Wolodymyr Hrojsman ins Amt berufen. Unterstützen Sie diese Entscheidung?



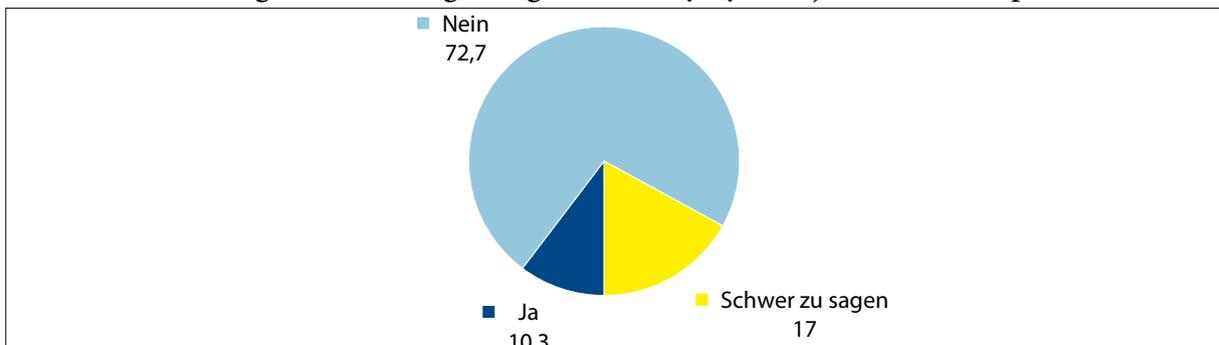
Quelle: Repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom 22. bis zum 26. April 2016 (N=2018, außer Krim und Teile des Donbass), <http://www.uceps.org/upload/1463122497_file.pdf>

Grafik 3: Wird Ihrer Meinung nach das neue Ministerkabinett von Wolodymyr Hrojsman im Hinblick auf die Arbeitseffizienz besser sein, als die vorherige Regierung?



Quelle: Repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom 22. bis zum 26. April 2016 (N=2018, außer Krim und Teile des Donbass), <http://www.uceps.org/upload/1463122497_file.pdf>

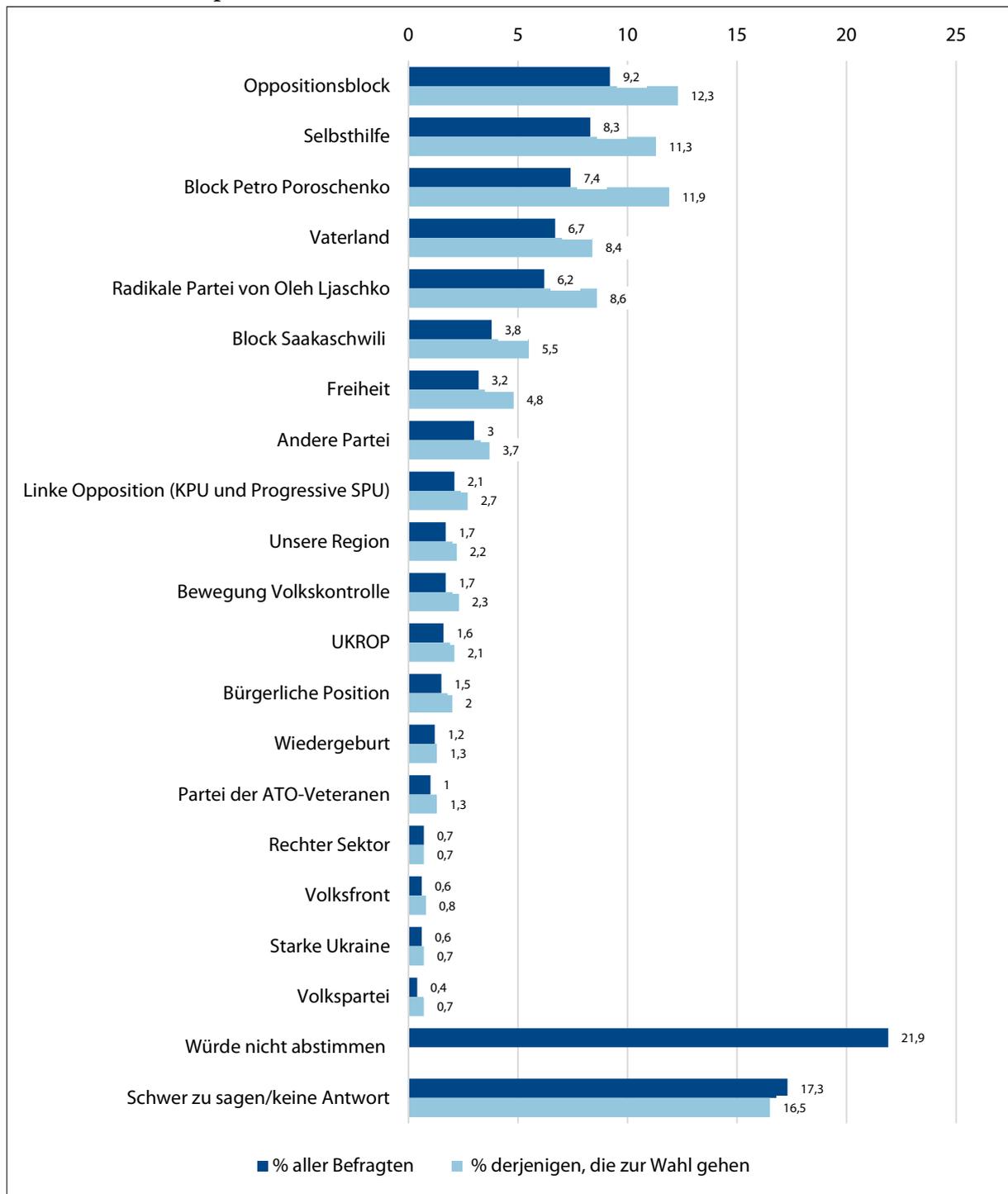
Grafik 4: Ist Ihrer Meinung nach die politische Krise nach der Bildung einer neuen Koalition in der Werchowna Rada, dem Rücktritt der Regierung von Arsenij Jazenjuk und der Berufung der neuen Regierung von Wolodymyr Hrojsman am 14. April 2016 vorbei?



Quelle: Repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom 22. bis zum 26. April 2016 (N=2018, außer Krim und Teile des Donbass), <http://www.uceps.org/upload/1463122497_file.pdf>

Aktuelle Wahlrends

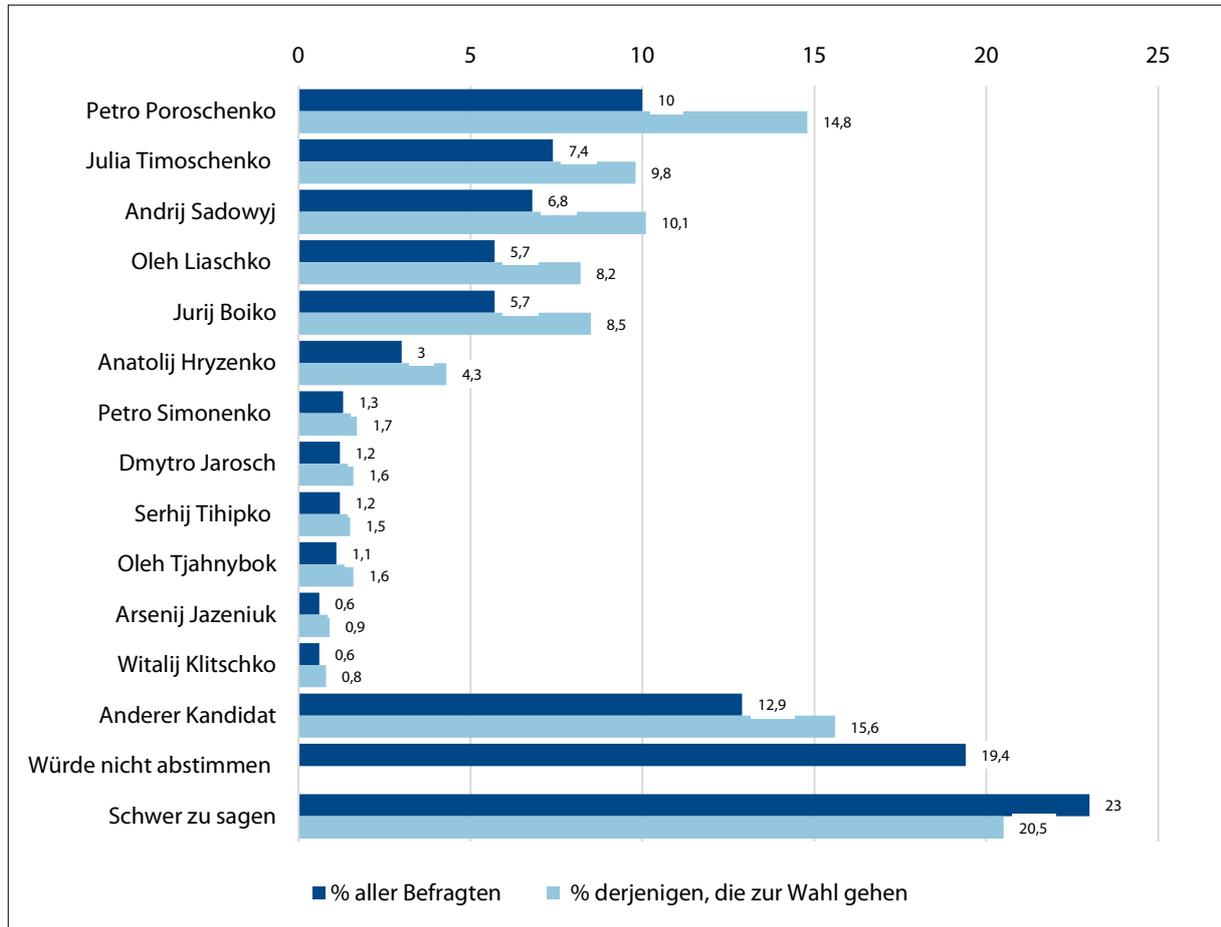
Grafik 1: Für wen würden Sie stimmen, wenn an diesem Sonntag Parlamentswahlen wären?
(in %, April 2016)



Anmerkung: Block Saakaschwili ist eine fiktive Partei.

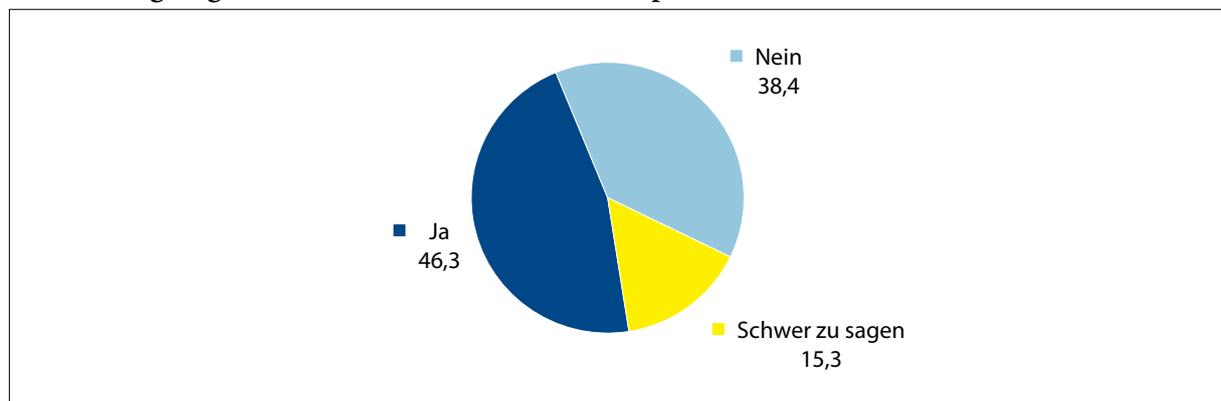
Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom 22. bis zum 26. April 2016 (N=2018, außer Krim und Teile des Donbass), <http://www.uceps.org/upload/1463122497_file.pdf>

Grafik 2: Für wen würden Sie stimmen, wenn an diesem Sonntag Präsidentschaftswahlen wären? (in %, April 2016)



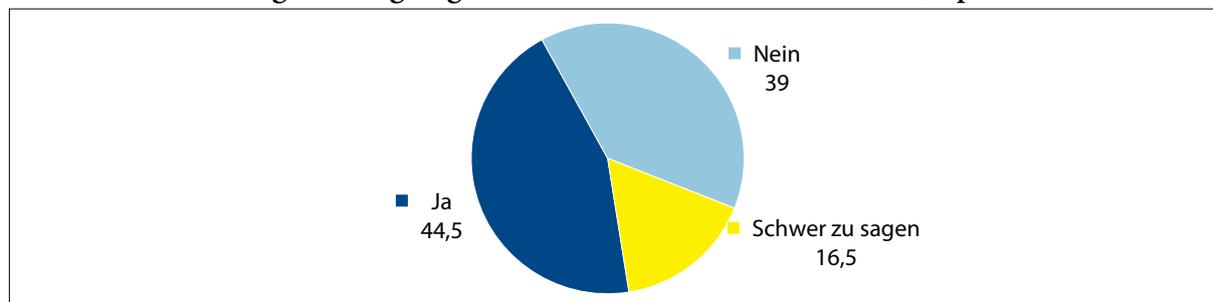
Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom 22. bis zum 26. April 2016 (N=2018, außer Krim und Teile des Donbass), <http://www.uceps.org/upload/1463122497_file.pdf>

Grafik 3: Unterstützen Sie die Auflösung der Werchowna Rada und die Abhaltung von vorgezogenen Parlamentswahlen? (in %, April 2016)



Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom 22. bis zum 26. April 2016 (N=2018, außer Krim und Teile des Donbass), <http://www.uceps.org/upload/1463122497_file.pdf>

Grafik 4: Unterstützen Sie die vorzeitige Beendigung der Befugnisse des Präsidenten und die Abhaltung von vorgezogenen Präsidentschaftswahlen? (in %, April 2016)



Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom 22. bis zum 26. April 2016 (N=2018, außer Krim und Teile des Donbass), <http://www.uceps.org/upload/1463122497_file.pdf>

DOKUMENTATION

Abstimmungen zur Abwahl des alten und Ernennung des neuen Generalstaatsanwalts der Ukraine

Tabelle 1: Ergebnisse der Abstimmungen zur Abwahl des alten und Ernennung des neuen Generalstaatsanwalts der Ukraine

Fraktionen	Abwahl von Wiktor Schokin	Änderung des Gesetzes über die Generalstaatsanwaltschaft*		Ernennung von Jurij Luzenko	Gesamtzahl der Abgeordneten in den Fraktionen	
	29.03.2016	10.05.2016	12.05.2016	12.05.2016	Ende März 2016	Mai 2016
Block Petro Poroschenko	114	115	130	132	135	144
Volksfront	72	72	76	73	81	81
Gruppe »Partei Wiedergeburt«	4	16	20	23	23	23
Gruppe »Volkswille«	11	15	14	17	23	19
Fraktionslose	32	4	14	15	50	41
Selbsthilfe	24	0	0	0	26	26
Radikale Partei von Oleh Ljaschko	17	1	1	1	21	21
Vaterland	13	0	0	0	19	19
Oppositionsblock	2	1	3	3	43	44
Gesamt	289	224 <i>(abgelehnt)</i>	258	264	421	418

* Gesetzesänderung, die erlaubt, auch ohne juristische Bildung Generalstaatsanwalt zu werden. Diese Änderung war nötig, um den von Präsident Poroschenko gewünschten Kandidaten Jurij Luzenko als neuen Generalstaatsanwalt zu ernennen. Jurij Luzenko war zwar lange Zeit Minister des Inneren, hat aber nicht Jura studiert.

Quelle: zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben der Werchowyna Rada der Ukraine.

Die innenpolitischen Positionen zur Ernennung von Jurij Luzenko zum neuen Generalstaatsanwalt

Präsident Poroschenko

Poroschenko erhofft sich die Ernennung des »angesehenen« Jurij Luzenko zum neuen Generalstaatsanwalt (12.05.2016)

President submitted proposal to appoint Yuriy Lutsenko Prosecutor General of Ukraine

(...) According to the President, two months have passed since dismissal of Viktor Shokin and Ukraine can't wait any longer. That is why the President submitted a proposal to appoint Yuriy Lutsenko new Prosecutor General.

"Yuriy Lutsenko has a moral right to demand justice, because he went to the scaffold for his beliefs: while certain people's deputies have been cooperating with previous authorities, Yuriy Lutsenko hasn't abandoned his beliefs in prison and has been standing on Maidan together with me and many of you," the President stressed.

The President added: "The Prosecutor General's Office needs a heavyweight who will be guided by the sense of justice, not revenge".

"With his high authority in society, Yuriy Lutsenko will create and multiply high trust in prosecution with prompt and efficient actions. There are enough decent and professional people willing to work in a team and implement reforms," the President emphasized.

"I expect the Parliament to support the proposal on appointing Yuriy Lutsenko Prosecutor General," Petro Poroshenko concluded.

Quelle: <<http://www.president.gov.ua/en/news/prezident-vnis-propoziciyu-pidtrimati-yuriya-lucenka-na-posa-37091>>

Poroschenko weist darauf hin, dass die USA mit der Wahl Luzenkos zufrieden seien (13.05.2016)

Washington commends appointment of new Prosecutor General of Ukraine

President Petro Poroshenko had a phone conversation with U.S. Vice President Joseph Biden.

Joseph Biden commended the appointment of Yuriy Lutsenko to the post of Prosecutor General of Ukraine and reiterated willingness of the United States to provide support for Ukraine in the prosecution reform and struggle against corruption. He noted the importance of legislative amendments on the establishment of General Inspection in the Prosecutor General's Office. (...) The parties agreed to sign the bilateral agreement on the provision of the third tranche of loan guarantees in the amount of USD 1 billion to Ukraine shortly. (...)

Quelle: <<http://www.president.gov.ua/en/news/washington-privitav-priznachennya-novogo-generalnogo-prokuro-37096>>

Opposition: Selbsthilfe, Radikale Partei, Vaterland

Die Partei Selbsthilfe verlangt die Abstimmung über ein alternatives Verfahren zur Ernennung des Generalstaatsanwaltes in einem offenen Wettbewerb (19.04.2016)

There's no reason to make another President's friend the Prosecutor General

"We in this Parliament have already dismissed two friends of the President from the position of Prosecutor General. There is no good reason to appoint a third President's friend to this post. The Prosecutor General should not be anyone's friend—either of the President, the Parliament or any other politicians. He must be a friend of the laws of Ukraine.

Back last year we elaborated a bill that envisaged that a new Prosecutor General and all the following ones should be elected by open competition. An independent panel of experts and social activists would choose 3 strong candidates, and the President would receive the Parliament's approval to appoint the best of them. Then neither the President nor the Parliament would make a mistake.

Now outside the Verkhovna Rada people are demanding an independent and powerful Prosecutor General, and they say that the anti-terrorist operation should be carried out already in Kyiv. Let's help people find a civilized way out. (...)"

Quelle: <<http://samopomich.ua/en/uk-nemaje-zhodnoji-prychyny-pryznachyty-henprokurorom-cherhovoho-druha-prezydenta/>>

Die Partei Vaterland bezeichnet die bevorstehende Ernennung Jurij Luzenkos als »politisch abhängig« und verlangt vorgezogene Parlamentswahlen (12.05.2016)

VR has created conditions for the appointment of a politically dependent prosecutor general

Batkivshchyna faction leader Yulia Tymoshenko says today's passage by parliament of a law removing the requirement for the prosecutor general to have a legal education creates conditions for a politically dependent candidate to be appointed to the post.

"This is all being done to make the prosecutor general someone that is in the president's pocket, someone he controls. What you just saw will have very negative consequences for the country," Yulia Tymoshenko said during a briefing today after parliament passed bill #4645 amending certain legislative acts of Ukraine regarding the Prosecutor General's Office.

The Batkivshchyna faction leader stressed that the country's top prosecutor "should be someone dedicated to the law and constitution and be ready to take on senior government officials who today are the sources of corruption."

"Unfortunately, the prosecutor that the president is pushing through will not have the freedom and degree of independence needed by the prosecutor general in our conditions," she added.

Yulia Tymoshenko said that today's vote solidifies the existence of a new parliamentary majority. "Today we can see the new coalition in parliament that includes former Party of Regions and clans who I am sure got everything they wanted in exchange for voting for this law. Most likely it's corrupt channels, the right to not pay taxes, work offshore," said the politician.

The Batkivshchyna faction leader pointed out that the vote took place in violation of parliamentary procedures. "A bill that was rejected two days ago should not have been voted on again during this session. (...)

She also appealed to the president to "stop the ultimate destruction of parliamentarism, the ultimate destruction of the prosecutor's system, and the ultimate destruction of people's trust in him as president and all government institutions."

"The Batkivshchyna party believes this parliament has no right to exist. It needs to end its work and there need to be new democratic and honest elections that will replace these marginal politicians and button-pushers for people who are truly dedicated to Ukraine," Yulia Tymoshenko said.

Quelle: <<https://www.tymoshenko.ua/en/news-en/vr-has-created-conditions-for-the-appointment-of-a-politically-dependent-prosecutor-general/>>

Die Radikale Partei von Oleh Ljaschko verurteilt die Ernennung von Jurij Luzenko als Verschwörung der Regierungskoalition mit ehemaligen Mitgliedern der Partei der Regionen (12.05.2016; inoffizielle Übersetzung)

Der Vorsitzende der Radikalen Partei Oleh Ljaschko erklärte von der Tribüne des Parlaments, dass die Abstimmung für das »Luzenko-Gesetz« eine Verschwörung der Regierungskoalition mit den Resten der Mitglieder der Partei der Regionen in den Gruppen »Volkswille« und »Wiedergeburt« sei. (...)

Der Abgeordnete betonte, dass Präsident Poroschenko damit einen weiteren entscheidenden Schritt tat, um die Macht an sich zu reißen. »Zeigen Sie mir ein Land in Europa, wo das Gesetz für eine Person geändert wird. So machen es Länder mit asiatischen Despotismus und die Ukraine«, so Ljaschko.

Der Politiker sagte, dass die derzeitige Regierung, die dem Beispiel der Partei der Regionen folgt, genauso enden wird, wie die Bande von Janukowitsch.

Quelle: <<http://liashko.ua/news/general/2042-lyashko-zakon-lucenka-zmova-koaliciyi-z-regionalami>>

RATING

Ukrainische Milliardäre in der Forbes-Liste 2016

Tabelle 1: Ukrainische Milliardäre in der Forbes-Liste 2016

Rang in der weltweiten Forbes-Liste		Rang in der Ukraine	Name	Geschätztes Vermögen (in Mrd. US\$)	
2015	2016			2015	2016
#201	#771	1	Rinat Achmetow	6,7	2,3
#1415	#1367	2	Ihor Kolomojskyj	1,3	1,3
#1500	#1367	3	Hennadij Boholjubow	1,25	1,3
#1250	#1476	4	Wiktor Pintschuk	1,5	1,2
#1638	#1694	5	Jurij Kosiuk	1,1	1

Quelle: <http://www.forbes.com/billionaires/list/#version:static_country:Ukraine>

Tabelle 2: Ukrainische Milliardäre in der Forbes-Liste (Anzahl und geschätztes Gesamtvermögen 2005–2016)

Jahr	Zahl der Milliardäre	Geschätztes Vermögen (in Mrd. US\$)
2005	3	4,7
2006	3	4,1
2007	7	14,2
2008	7	29,3
2009	4	6,7
2010	5	13,2
2011	8	30,3
2012	8	31,1
2013	10	32,1
2014	9	26,6
2015	5	11,85
2016	5	7,1

Quellen: Ukraine-Analysen Nr. 148, S. 25 für die Jahre 2005–2015, für das Jahr 2016: <<http://www.forbes.com/billionaires/list/>>

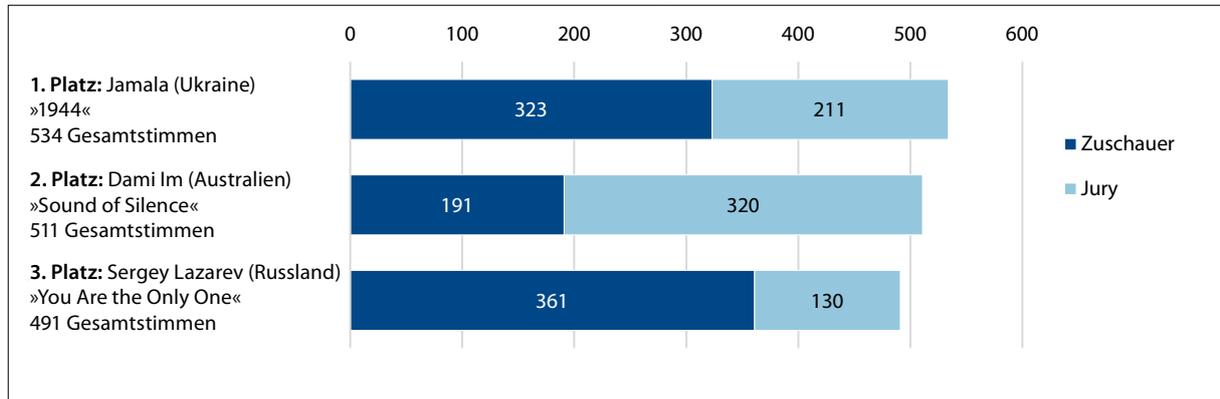
Tabelle 3: Rating der reichsten Ukrainer laut Forbes-Ukraine (Stand Mai 2016)

Rang 2016	Person	Industriebranche	Vermögenswert im Mai 2016 (in Mio. US\$)	im Vergleich zum Mai 2015 (in Mio. US\$)	im Vergleich zum Mai 2014 (in Mio. US\$)	in % (2016)	in % (2014)
1	Rinat Achmetow	Metallurgie, Energiesektor	2.300	-4.600	-8.900	11,4	26,6
2	Ihor Kolomoiskyj	Finanzen	1.300	-100	-500	6,5	4,3
3	Hennadij Boholjubow	Finanzen	1.300	0	-700	6,5	4,7
4	Wiktor Pintschuk	Medien, Metallurgie	1.200	-300	-1.800	6,0	7,1
5	Jurij Kosjuk	Agrarwirtschaft	1.000	-100	-300	5,0	3,1
6	Petro Poroschenko	Agrarwirtschaft	858	108	-442	4,3	3,1
7	Oleksij Wadaturuskij	Agrarwirtschaft	840	338	252	4,2	1,4
8	Oleksandr Jaroslawskij	Investitionen	721	-53	-211	3,6	2,2
9	Andrij Werewskij	Agrarwirtschaft	694	22	27	3,4	1,6
10	Leonid Tschernowetskij	Investitionen	680	37	5	3,4	1,6
11-100	Andere	–	9.261	-1.902	-7.864	46,0	40,6
	Gesamt	–	20.154	-6.550	-22.003	100	100

Quelle: Forbes Ukraine. Zusammenfassung: Redaktion der Ukraine-Analysen.

Die Ergebnisse des Eurovision Song Contest 2016 in Tabellen

Grafik 1: Die ersten drei Plätze im Eurovision Song Contest 2016



Quelle: Punktevergabe laut Eurovisionworld.com.

Tabelle 1: Ergebnisse des Eurovision Song Contest 2016 nach Ländern

Russland		Land	Ukraine		Russland		Land	Ukraine	
Jury	Zu- schauer		Jury	Zu- schauer	Jury	Zu- schauer		Jury	Zu- schauer
0	8	Polen	12	12	2	12	Armenien	0	10
7	10	San Marino	12	12	0	5	Australien	2	8
0	8	Georgien	12	10	3	8	Österreich	0	10
0	8	Italien	10	12	6	12	Bulgarien	0	10
7	12	Lettland	12	10	6	8	Kroatien	0	10
7	12	Moldawien	12	10	1	6	Frankreich	0	10
12	12	Aserbaidschan	10	10	-	-	Russland	0	10
0	10	Israel	12	8	0	6	Schweiz	6	4
5	6	Bosnien und Herzegowina	12	7	0	3	Niederlande	3	7
1	12	Serbien	12	7	12	10	Griechenland	2	6
0	10	Slowenien	12	7	8	10	Montenegro	0	8
0	8	Mazedonien	12	6	0	6	Norwegen	4	4
0	8	Litauen	8	10	12	10	Zypern	0	7
12	12	Belarus	7	10	4	8	Spanien	0	7
0	4	Dänemark	12	3	6	8	Schweden	0	7
0	12	Estland	7	8	7	7	Albanien	0	6
0	7	Großbritannien	10	5	0	6	Belgien	3	2
0	12	Deutschland	7	6	0	8	Irland	0	4
0	10	Tschechien	0	12	4	10	Malta	0	4
0	8	Finnland	0	12	8	7	Island	0	0
0	10	Ungarn	0	12	0	12	Ukraine	-	-

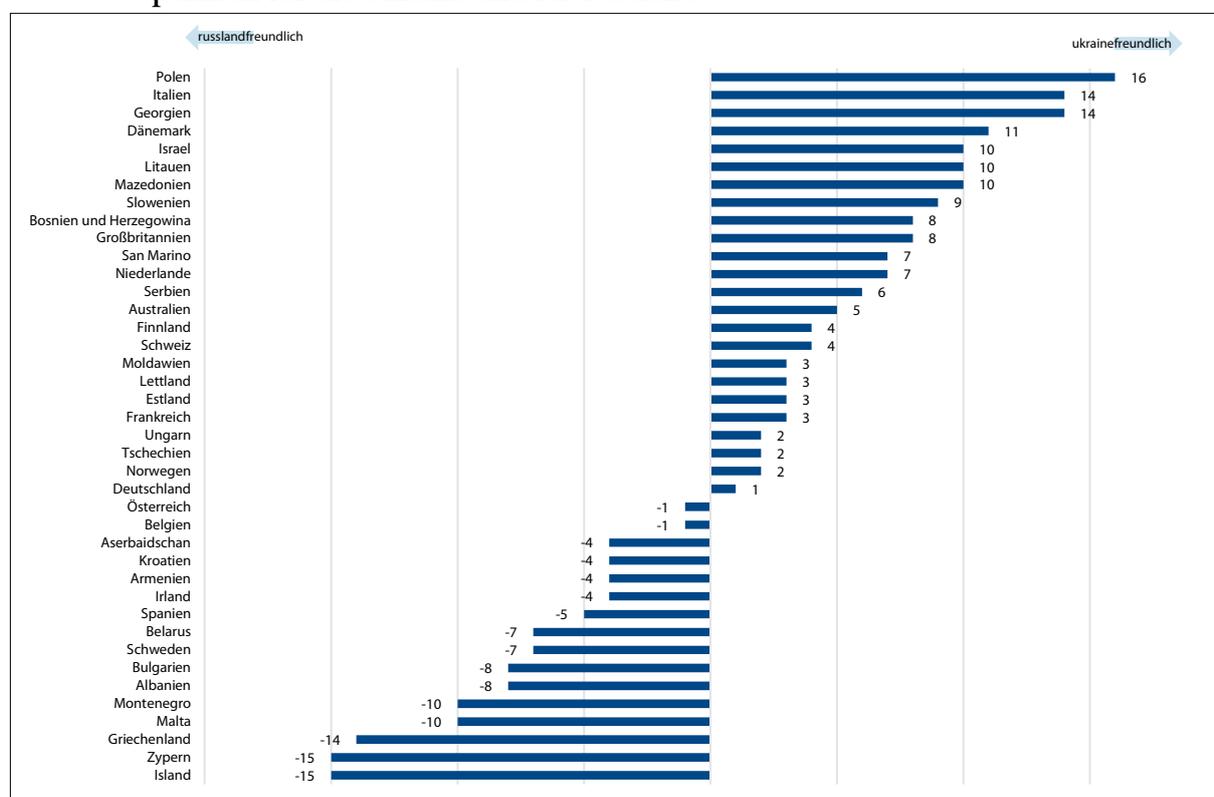
Quelle: Punktevergabe laut Eurovisionworld.com; Zusammenstellung: Redaktion der Ukraine-Analysen.

Tabelle 2: Ergebnisse des Eurovision Song Contest 2016 nach Staatengruppen

Anzahl der Staaten in der Gruppe	Staatengruppen	Stimmen für		Zusammensetzung der Stimmen, %		Anmerkung
		Ukraine	Russland	Ukraine	Russland	
13	Alte EU-Mitgliedstaaten	138	122	25,8	24,8	außer Luxemburg und Portugal
11	Neue EU-Mitgliedstaaten (nach 2004)	153	145	28,7	29,5	außer Rumänien und Slowakei
7	GUS-Staaten	101	101	18,9	20,6	Armenien, Russland, Belarus, Aserbaidschan, Moldawien, Ukraine und Georgien (im Jahr 2008 ausgetreten)
5	Südosteuropa	70	64	13,1	13,0	Albanien, Montenegro, Mazedonien, Bosnien und Herzogowina, Serbien
4	Andere Staaten in Europa	42	44	7,9	9,0	Island, Norwegen, Schweiz, San Marino
2	Außerhalb Europa	30	15	5,6	3,1	Israel, Australien
42	Gesamt	534	491	100,0	100,0	

Quelle: Punktevergabe laut Eurovisionworld.com; Zusammenstellung: Redaktion der Ukraine-Analysen.

Grafik 2: Ergebnisse des Eurovision Song Contest 2016 als Differenz zwischen den Gesamtpunkten für die Ukraine und für Russland



Quelle: Punktevergabe laut Eurovisionworld.com; Zusammenstellung: Redaktion der Ukraine-Analysen.

Presseschau und internationale Positionen zum Sieg Jamalas beim Eurovision Song Contest 2016

Am 14. Mai 2016 hat die ukrainische Sängerin Jamala den Eurovision Song Contest 2016 in Stockholm gewonnen. Ihr Siegerlied »1944« ist der Deportation der Krimtataren, darunter auch Jamalas Großmutter, aus der Krim vor 72 Jahre gewidmet. Damals hat die sowjetische Regierung fast 200.000 Krimtataren nach Zentralasien zwangsumgesiedelt, als Strafe für »Kollaboration« mit den Deutschen im zweiten Weltkrieg. Eine Massenrückkehr fand erst Ende der 1980er Jahre statt.

Das Lied wie auch der Sieg Jamalas wurde in der Ukraine und in Russland unterschiedlich interpretiert. Wir dokumentieren im Folgenden die Positionen der ukrainischen und russischen Eliten und bieten eine Auswahl an Pressemeldungen zum Thema an.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Ukrainische Positionen

Pawlo Klimkin, Außenminister der Ukraine (14.05.2016)

The truth always wins as Jamala and Ukraine did tonight. Congratulations and many thanks:) And please don't forget that #CrimeaisUkraine

Quelle: <<https://twitter.com/PavloKlimkin/status/731616497899085824>>

Petro Poroschenko, Präsident der Ukraine (14.05.2016; inoffizielle Übersetzung)

»Ich habe Jamala zu ihrem Sieg persönlich gratuliert. Heute sprach das ukrainische Volk durch ihre Stimme zur Welt. Die Wahrheit hat wie immer gewonnen!«

Quelle: <<https://twitter.com/poroshenko/status/731626056428453888>>

Mustafa Najem, Journalist und Abgeordneter der Wechowna Rada (14.05.2016)

The crown of justice would be to hold next Eurovision Song Contest at the historic homeland of Jamala Jamaladynova—in Ukrainian (!) Crimea

Quelle: <<https://twitter.com/mefimus/status/731621684160167936>>

Julia Tymoschenko, Vorsitzende der Vaterlandspartei (15.05.2016)

(...) I thank the beautiful and extraordinary Jamala! We so need victories and successes today. We don't have enough of them. Ukraine's victory is not only being forged in the trenches in the steppes of Donbas, but also on the stage in Stockholm. That is how our common struggle hardens, how Ukraine consolidates, how Crimea is returned! (...)

Quelle: <<https://www.tymoshenko.ua/en/news-en/jamala-s-victory-is-a-big-step-towards-the-consolidation-of-ukraine/>>

Russische Positionen

Alexei Puschkow, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma (15.05.2016; inoffizielle Übersetzung)

»Aus dem Musikwettbewerb ist Eurovision zu einem politischen Schlachtfeld geworden. Jetzt haben die Weißrussen das Recht, über das niedergebrannte Chatyn zu singen, und die Russen – über die Märtyrer von Odessa.«

Quelle: <https://twitter.com/Alexey_Pushkov/status/731766971868545024>

Maria Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums (15.05.2016; inoffizielle Übersetzung)

»Beim nächsten Wettbewerb müsste man über Assad singen. Hier ist ein Refrain:

Assad bloody, Assad worst.

Give me prize, that we can host.«

Quelle: <<https://www.facebook.com/maria.zakharova.167/posts/10209814234902253?pnref=story>>

Konstantin Kossatschow, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrates (Oberhaus) (15.05.2016; inoffizielle Übersetzung)

»Beim Eurovision Song Contest 2016 wurden die Stimmen der Zuschauer (...) und der nationalen Jury zum ersten Mal öffentlich geteilt. Im ersten Fall [bei der Punktevergabe durch die Zuschauer – Redaktion der Ukraine-Analysen] hat die Kunst gewonnen. Sogar in der Ukraine setzten die Zuschauer auf Lasarew. In der zweiten Fall – die ukrainische Sängerin Jamala. Nach dem Gesamtergebnis hat die Geopolitik die Oberhand.

Aber ich kann der Ukraine nicht gratulieren, weil die Ukraine paradoxerweise zu den Verlierern gehört. Warum? Weil viele dabei verloren haben.

Verloren hat die Musik, weil eindeutig nicht das beste musikalische Kunstwerk den Sieg errungen hat. Und dann haben sich die Komponisten, Darsteller und ihre Teams vergeblich befleißigt.

Verloren hat der Contest, weil sich die politische Haltung anstelle des fairen Wettbewerbs durchgesetzt hat.

Verloren hat Europa. Denn in den Köpfen der Europäer hat keine einmütige »Ode an die Freude«, sondern geradezu der »Kalte Krieg« gewonnen.

Verloren hat der Minsk-Prozess. Einschließlich der Bemühungen des Teams von Präsident Poroschenko, nebenbei bemerkt. Es ist schon unglaublich schwierig, die notwendige Mehrheit für die Annahme der vorrangigen Minsk-Punkte zu sammeln – Dezentralisierung, Amnestie, usw. Jetzt gibt es noch weniger Anreize: Warum die Gesetze ändern, verhandeln, wenn es heißt: »Europa ist mit uns!« und »Der Westen wird uns helfen«.

Deshalb hat die Ukraine verloren. Und nicht nur ihr mageres Staatsbudget. Das Wichtigste ist, dass das Land und die Nation den Frieden jetzt wie die Luft zum Atmen brauchen. Stattdessen hat der Krieg gewonnen.

Daher ist das Ergebnis des Eurovision Song Contests nicht nur enttäuschend. Diejenigen, die für Jamala Abgestimmt haben, haben in der Tat für die Fortsetzung der Repressionen Kiews gegen das eigene Volk gestimmt. So hat auch Jazenjuk geschrieben: »Die Ukraine gewinnt und wird gewinnen, die Krim wird ukrainisch!« ...

Paradoxerweise, weil Jamala anscheinend gegen Repressionen gesungen hat... Ich kann mir nicht eine Person mit einem Gewissen und gesundem Menschenverstand vorstellen, die sich über einen solchen »Pyrrhussieg« freuen würde. Ich kann mir kaum die Musik-Fans vorstellen, die einen »Hit« über 1944 singen. Es gibt keinen Sinn mehr, sich den ohnehin jämmerlichen Wettbewerb anzuschauen.«

Quelle: <https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=1043501455730616&id=100002123135703&pnref=story>

Presseschau

Deutsche Medien

Die Zeit: Ukraine gewinnt ESC mit Lied über Vertreibung (15.05.2016)

(...) »Dass solch ein Lied den Gesangswettbewerb gewinnt, gibt dem ESC auch eine politische Dimension. Russlands Annexion der Krim 2014 wird in dem Lied nicht erwähnt. Doch durch den Sieg Jamalas könnte dieses Thema wieder stärker in den öffentlichen Fokus rücken. Die Krimtataren, die eine turksprachige, überwiegend muslimische Minderheit darstellen, berichten davon, dass ihre Unterdrückung seit der russischen Annexion der Schwarzmeeralbinsel zugenommen habe.« (...)

Quelle: ZEIT Online, <<http://www.zeit.de/kultur/musik/2016-05/ukraine-gewinnt-den-eurovision-song-contest-deutschland-verliert>>

Taz.de: Die ukrainische Eurovisionsheldin (15.05.2016)

(...) »Jamala sagte später, sie habe für ihr Land gesungen, für die Geschichten, die nicht so oft in Europa erzählt werden, Geschichten von Vertreibung, von Hungertoden, von Deportationen – die es ja auch noch während des Holocaust in der Ukraine gab. Sie sprach, als hätte ihr der US-Historiker Timothy Snyder (»Bloodlands«) das wissenschaftliche Skript geschrieben – eine ästhetische Zuspitzung in der Sprache des Pop über die blutigen Landschaften der Ukraine in den vierziger Jahren und wie sehr die dortigen Überlieferungen von den Taten bis in die Jetztzeit nachwirken.« (...)

Quelle: Jan Feddersen, <<http://www.taz.de/Jamala-gewinnt-den-ESC-in-Stockholm!/5305466/>>

Deutsche Welle: Der Eurovision Song Contest war nie unpolitisch (15.05.2016)

(...) »Der Sieg von Jamala beim Eurovision Song Contest ist nur ein weiterer Beleg dafür, dass der ESC nie unpolitisch war. Das war er nicht bei der Geburt, als nur 11 Jahre nach dem Ende eines schrecklichen Kriegs sieben Länder, die sich vor kurzen noch bekämpften, zu einem musikalischen Wettbewerb nach Lugano in die Schweiz kamen. Das war er nicht, als die deutsche Sängerin Nicole auf dem Höhepunkt der Friedensbewegung in Europa »Ein bisschen Frieden« sang. Das war er auch damals nicht, als immer mehr osteuropäische Länder begannen, an diesem Wettbewerb teilzunehmen. Der Eurovision Song Contest war schon immer ein Abbild dessen, was gerade in Europa geschieht.

2016 gaben europäische Zuschauer ihre Stimmen einem Land, das sich für Europa ausgesprochen hatte und für diese Wahl vom stärkeren Nachbarn hart bestraft wurde. Die Ukraine braucht diese Sympathie und Unterstützung. Sie darf diesen europäischen Vorschuss nicht verspielen. Neben aller Politik dürfen wir am Ende aber Eines nicht vergessen: Ohne eine künstlerische Leistung, ohne eine tolle Stimme und eine ausdrucksvolle Darbietung, hätte Jamala nicht gewonnen. Denn schließlich ist der Eurovision Song Contest ein musikalischer Wettbewerb.«

Quelle: Andreas Brenner, <<http://www.dw.com/de/kommentar-der-eurovision-song-contest-war-nie-unpolitisch/a-19258736>>

Russische Medien*Izvestia: Das ukrainische Volk stimmte für Russland (15.05.2016; inoffizielle Übersetzung)*

(...) »Für Russland ist der Wettbewerb eine wichtige Lektion: Wenn wir nach den europäischen Regeln spielen, als ob diese ehrlich wären, werden wir getäuscht. Gerade für Russland werden die Regeln geändert, so dass es verliert. Russland muss aufhören, nach Regeln der anderen zu spielen; es muss aufhören so zu tun, als ob sie ehrlich sind. Sie sind unfair gegenüber uns und gerade wegen uns.«

Quelle: Politologe Sergey Markow, <<http://izvestia.ru/news/613696#ixzz49ZwDoHKg>>

Pravda.ru: Westliche Medien erstaunt: Jamala sollte disqualifiziert werden (15.05.2016; inoffizielle Übersetzung)

(...) »Und wenn man nicht nur über Eurovision, sondern auch über die Politik im Allgemeinen spricht, dann hat Europa in diesem Jahr erneut seine »demokratischen Standards« demonstriert. Es spielt keine Rolle, was die europäische Mehrheit denkt; wichtig ist, was »die richtigen Menschen aus der Jury« entscheiden. Alles ist logisch. Aus dem normalen Musikwettbewerb Eurovision ist endgültig eine offene politische Farce geworden. Das enttäuscht natürlich.« (...)

Quelle: <<http://www.pravda.ru/news/showbiz/15-05-2016/1300965-smi-0/>>

Nowaja Gaseta: Die Schlacht um Gayropa, wovon Europa selbst nichts weiß (17.05.2015; inoffizielle Übersetzung)

(...) »Der dritte Platz von Sergey Lasarew bei der Eurovision wurde in Russland auf dem höchsten Niveau kommentiert! Alle haben ihre Meinung über den verräterischen Schlag vom gemeinen Gayropa im Informationskrieg geäußert! (...)

Am schrecklichsten ist aber die Tatsache, dass Gayropa selbst noch mehr gelitten hat. Großbritannien zum Beispiel landete bei der Eurovision auf Platz 24 und Deutschland war sogar Letzter. (...) Aber leider kam weder David Cameron noch Francois Hollande auf die Idee, die Ergebnisse des Song Contests zu kommentieren. (...)

Und nur unter der Reichweite der russischen Raketenabwehrtürme – das heißt in Armenien, Weißrussland, der Ukraine, Estland, Lettland – weiß das treue russischsprachige Publikum, dass »Eurovision« ein neues Stalingrad ist, die Schlacht bei Megiddo, wo, wenn nicht der letzte, dann der vorletzte Kampf gegen den Antichristen und das Böse geschieht.« (...)

Quelle: Julia Latynina, <<http://www.nowaygazeta.ru/columns/73108.html>>

Freilassung von Nadija Sawtschenko

Die Kampfpilotin Nadija Sawtschenko, die als Mitglied eines rechtsextremen ukrainischen Freiwilligen-Bataillons an den Kämpfen in der Ostukraine teilgenommen hatte, war am 21. März 2016 in Russland zu 21 Jahren Haft verurteilt worden wegen der Beteiligung an der Ermordung russischer Journalisten durch die Koordination von Artilleriebeschuss und wegen des illegalen Grenzübertritts nach Russland. Belege der Verteidigung dafür, dass Sawtschenko bereits kurz vor dem Beschuss der Journalisten von ostukrainischen Separatisten gefangen genommen wurde und von diesen gewaltsam auf russisches Staatsgebiet gebracht wurde, wurden vor Gericht ignoriert (s. Ukraine-Analysen 146).

Aufgrund einer starken Unterstützungskampagne in der Ukraine, in der sie u. a. über die Wahlliste von Julia Timoschenkos Partei Vaterland ins ukrainische Parlament gewählt wurde und von dort als Delegierte in die Parlamentarische Versammlung des Europarates entsandt wurde, erhielt der Fall Sawtschenko internationale Beachtung. Sowohl durch den russischen Strafprozess, der nicht rechtsstaatlichen Standards entsprach, als auch durch wiederholte Hungerstreiks blieb Sawtschenko in der Medienberichterstattung nicht nur in der Ukraine präsent. Ukrainische und westliche Politiker sprachen sich wiederholt für ihre Freilassung aus.

Am 25. Mai 2016 wurde Sawtschenko vom russischen Präsident Wladimir Putin begnadigt und gegen zwei russische Staatsbürger, Jewgenij Jerofejew and Aleksandr Aleksandrow, ausgetauscht. Die beiden Russen hatten auf Seiten der Separatisten an den Kämpfen in der Ostukraine teilgenommen und waren in der Ukraine im April 2016 zu 14 Jahren Haft verurteilt worden.

Wie die ersten Reaktionen westlicher Politiker zeigen, wurde die Freilassung Sawtschenkos als russisches Entgegenkommen und Zeichen der Entspannung interpretiert. Kurz vor der in der EU kontrovers diskutierten Entscheidung über die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland im Zusammenhang mit der Umsetzung des Minsker Friedensplans für die Ukraine könnte die Freilassung also eine entscheidende Rolle für die zukünftige Politik der EU gegenüber Russland spielen. Sawtschenko ist aber bei weitem nicht die einzige politische Gefangene im Kontext der Ukrainekrise, gegen die in Russland unter Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien vorgegangen wurde, wie unsere Dokumentation in den Ukraine-Analysen Nr. 166 zeigt.

Im Folgenden dokumentieren wir erste englischsprachige Stellungnahmen zur Freilassung von Nadija Sawtschenko.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Press announcement by Ukrainian President Petro Poroshenko (23 May 2016, 19:29)

President: We will do everything possible for Nadiya Savchenko to return home this month

President Petro Poroshenko emphasizes that a huge amount of efforts was made to bring Ukrainian pilot Nadiya Savchenko illegally convicted in Russia back to Ukraine.

“We will do everything possible for Nadiya to return home as soon as possible. I’ll do everything to bring her back this month,” Petro Poroshenko told journalists in Turkey answering the question about possible exchange of Nadiya Savchenko for Russian servicemen convicted in Ukraine.

The President reminded that in the course of his previous visit to Turkey he had declared willingness to use any constitutional powers to bring Nadiya back to Ukraine. “Thus, in case I receive such an address, I will use it immediately,” the Head of State noted.

According to him, significant part of his today’s negotiations was dedicated to Nadiya Savchenko.

“At the same time, I would like to avoid politicization of that process when certain politicians, government officials or civil servants want to make a good hand on that. No politician except our foreign partners will be involved in that,” he said.

“However, we will talk about it when the presidential plane with Nadiya lands in the Ukrainian airport,” Petro Poroshenko said adding that “too much is at stake”.

Quelle: *Webseite des ukrainischen Präsidenten*, <<http://www.president.gov.ua/en/news/prezident-mi-zrobimo-vse-mozhlive-shob-nadiya-savchenko-vzhe-37179>>

Russia Today (25 May 2016, 12:05)

Ukrainian pilot Savchenko pardoned by Putin, swapped for 2 Russians

An aircraft with Russian citizens Evgeny Erofeev and Aleksandr Aleksandrov, who were swapped for Ukraine's Nadezhda Savchenko, has landed at Moscow's Vnukovo International Airport. Savchenko was pardoned by President Putin on Wednesday.

President Putin signed a decree pardoning Nadezhda Savchenko on Wednesday, Kremlin spokesman Dmitry Peskov said, adding that the Russian leader signed the document simultaneously with the arrival of Erofeev and Aleksandrov in Moscow.

Meanwhile, Savchenko has already been delivered to Kiev on a Ukrainian plane, Peskov said.

In March, a Russian court found Ukrainian pilot Savchenko guilty of murdering Russian journalists Igor Kornelyuk and Anton Voloshin near Lugansk, in eastern Ukraine, and of illegally crossing the Russian border. According to prosecutors, she relayed the coordinates of a checkpoint where the two reporters were subsequently killed by Ukrainian Aidar Battalion artillery fire near the town of Metalist in June 2014. The attack also resulted in the deaths of Ukrainian civilians. Afterwards, Savchenko illegally crossed the border into Russia.

Russian citizens Evgeny Erofeev and Aleksandr Aleksandrov were sentenced in Ukraine in April to 14 years in prison after a district court in Kiev found them guilty of terrorist activities.

Both Erofeev and Aleksandrov denied the crimes they are accused of. The two men were captured in Donbass in May 2015, with Kiev claiming they were Russian servicemen. The Russian Defense Ministry officially denied the allegations, stating that neither Erofeev nor Aleksandrov were serving in the Russian Army at that time.

When the aircraft with Aleksandr Aleksandrov and Evgeny Erofeev landed in Moscow, their wives, Ekaterina and Yulia, were there to meet them.

"We were waiting for them, we were very worried and hoped for their return," Yulia Erofeeva said.

It has been revealed that in March relatives of Igor Kornelyuk and Anton Voloshin addressed President Vladimir Putin with a plea to pardon Nadezhda Savchenko.

President Putin met with Igor Kornelyuk's widow, Ekaterina, and Anton Voloshin's sister, Maryana, on Wednesday to personally express gratitude for their position.

"I want to thank you for your position and express hope that such a decision, motivated by humanitarian considerations in the first place, will lead to a de-escalation of the confrontation in a certain conflict zone and will help to avoid similar terrible and needless losses. Thank you very much," Putin told the relatives of the dead journalists.

Quelle: *Russia Today* (vom russischen Staat finanzierter Auslandsfernsehsender), <<https://www.rt.com/news/344310-russians-ar-rive-savchenko-swap/>>

PRESS RELEASE: OSCE Chairperson-in-Office Steinmeier welcomes the release of Nadiya Savchenko

BERLIN, 25 May 2016—OSCE Chairperson-in-Office and German Foreign Minister Frank-Walter Steinmeier today welcomed the release of the Ukrainian pilot Nadiya Savchenko.

"I am glad and relieved that the Nadiya Savchenko has been released at last and that she can now return to her family in Ukraine," Steinmeier said. "This is good news for which we have long worked to bring about and for which we nevertheless had to wait a long time. I offer my best wishes for a speedy recovery to Ms. Savchenko. Our thoughts are with her and her family. I hope and wish that today's exchange will help build trust between Ukraine and Russia, thus providing the Minsk process with positive momentum."

Quelle: *Webseite der OSZE*, <<http://www.osce.org/cio/242596>>

PRESS RELEASE: ODIHR Director Link welcomes Nadiya Savchenko's release, stresses need to respect rights of remaining prisoners

WARSAW, 25 May 2016—Michael Georg Link, Director of the OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights, welcomed the release today of Ukrainian pilot and member of parliament, Nadiya Savchenko, who had been held in Russia since 2014.

"I am very happy at the news of the release of Nadiya Savchenko," Director Link said. "I hope that the end of her ordeal can contribute to the co-operation that will be necessary, in line with the Minsk agreement, to end the conflict in and around Ukraine."

Savchenko had been imprisoned in Rostov-on-Don, and was released there in exchange for two Russians being held in Ukraine. She was then flown back to Ukraine.

“The serious disputes over the facts surrounding Savchenko’s arrest and detention, as well as concerns about the nature of her trial and conviction, underline the importance of the commitments all OSCE participating States have made in the areas of human rights and fundamental freedoms, including rule of law guarantees, such as the right to a fair trial,” Director Link said. “We must not forget that others remain in detention, and ensuring that these rights are protected for them must play a central role in reaching any settlement.”

Savchenko, a military pilot, was captured in eastern Ukraine in June 2014. She was accused of directing artillery fire that killed two Russian journalists and, on 21 March of this year, was convicted for murder and illegally crossing the Russian border, and was sentenced to 22 years in prison.

Quelle: Webseite der OSZE, <<http://www.osce.org/odihr/242666>>

Press announcement: President warmly welcomes release of PACE member Nadiia Savchenko

“The release of my fellow PACE member Nadiia Savchenko is excellent news,” said Pedro Agramunt, President of the Parliamentary Assembly of the Council of Europe (PACE).

“I commend both Russia and Ukraine for making this possible, and I look forward to welcoming her in Strasbourg soon—perhaps even at the next session in June, if her health permits.”

The President added: “I hope that both sides can now build on the goodwill that made this possible in order to make further progress on implementing the Minsk agreements.”

Quelle: Webseite der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, <<http://assembly.coe.int/nw/xml/News/News-View-EN.asp?newsid=6181&lang=2&cat=15>>

9. – 22. Mai 2016

09.05.2016	Bei dem Dorf Krymskoje im Gebiet Luhansk fährt ein Armeefahrzeug auf einen Sprengsatz auf. Ein Soldat der ukrainischen Armee kommt ums Leben.
09.05.2016	Der Generalsekretär der OSZE, Lamberto Zanic, erklärt in Kiew, die für die orthodoxen Osterfeiertage vereinbarte Waffenruhe sei weitgehend eingehalten worden. Nun beobachte man aber erneut vermehrte Verletzungen des Waffenstillstands.
10.05.2016	Die Fraktionen der Parteien Vaterland, Selbsthilfe und der Radikalen Partei fordern die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zu der Frage, ob Präsident Petro Poroschenko mit einer Firma namens Intraco in Verbindung steht. Zuvor waren Beschuldigungen aufgetaucht, die Firma habe Flüge von Poroschenko bezahlt. Die ehemalige Ministerpräsidentin Julia Timoschenko erklärt, dass die Firma im Verdacht stehe, mit dem russischen Staatskonzern Gazprom zu handeln. Der Geschäftsführer von Intraco, Serhij Sajzew, erklärt später, Intraco habe weder für Poroschenko Flüge gezahlt, noch stehe es mit Gazprom in geschäftlichen Verbindungen. Sajzew ist Vizedirektor der Firma Roshen des Präsidenten Petro Poroschenko.
10.05.2016	Das Höchste Gericht erklärt eine Entscheidung des Parlaments vom 17. September 2015 für nicht mit dem Gesetz vereinbar. Damals hatte das Parlament dem Abgeordneten der Radikalen Partei Ihor Mosijtschuk die Immunität entzogen und so eine Strafverfolgung ermöglicht. Zuvor hatte der damalige Generalstaatsanwalt Wiktor Schokin ein Video präsentiert, auf dem Mosijtschuk angeblich die Zahlung von Bestechungsgeldern fordert.
11.05.2016	Die Regierung entlässt die stellvertretende Innenministerin Eka Sguladse auf deren eigenen Wunsch. Am 1. Mai 2016 ist ein Gesetz in Kraft getreten, das es Beamten verbietet, mehrere Staatsbürgerschaften zu haben. Sguladse, die zusätzlich zur ukrainischen noch die georgische Staatsbürgerschaft hat, wird als Beraterin beim Innenministerium bleiben.
11.05.2016	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman erklärt, dass der Staat bedürftige Familien dabei unterstützen werde, die zum Mai stark angestiegenen Kosten für kommunale Dienstleistungen zu bezahlen. Die Anhebung der zuvor stark subventionierten Tarife für Strom, Gas und Fernwärme auf Marktniveau war eine Forderung des Internationalen Währungsfonds. Hrojsman erklärt, bedürftige Familien würden durch die gezielte staatliche Unterstützung nur 10 % des Preises zahlen.
12.05.2016	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das die Kandidatur auf den Posten des Generalstaatsanwalts auch Personen erlaubt, die keine juristische Ausbildung haben. Das Gesetz erlaubt es dem Angeordneten des Blocks Petro Poroschenko und dem ehemaligen Innenminister Jurij Luzenko, für den Posten des Generalstaatsanwalts zu kandidieren. Präsident Petro Poroschenko unterzeichnet das Gesetz noch am selben Tag, es wird in einer Sonderausgabe des Amtsblattes veröffentlicht und tritt damit in Kraft. Ein ähnliches Gesetz war einige Tage zuvor nicht angenommen worden.
12.05.2016	Das Parlament stimmt für die Kandidatur Jurij Luzenkos zum Generalstaatsanwalt.
12.05.2016	Der russische Inlandsgeheimdienst FSB nimmt auf der Krim Ilmi Umerow, den stellvertretenden Vorsitzenden des Medschlis fest. Der Medschlis ist die inoffizielle Vertretung der Krimtataren. Die Staatsanwältin der Krim, Natalja Poklonskaja, erklärt, gegen Umerow laufe ein Verfahren wegen Separatismus. Zuvor war bereits der Medschlis als extremistische Organisation verboten worden.
12.05.2016	Laut einer Umfrage des Rasumkow-Zentrums unterstützen 45 % der Ukrainer eine vorzeitige Beendigung der Präsidentschaft Petro Poroschenkos und vorgezogene Präsidentschaftswahlen. 39 % sprechen sich dagegen aus.
13.05.2016	Der neu ernannte Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko erklärt es zu seiner Priorität, die Anklage gegen den ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch zuende zu führen. Dieser war im Jahr 2014 der Veruntreuung von Haushaltsmitteln angeklagt worden.
13.05.2016	Präsident Petro Poroschenko und US-Vizepräsident Joe Biden vereinbaren die Auzahlung einer dritten Kredittranche in Höhe von einer Milliarde US-Dollar an die Ukraine. Laut einer Meldung aus Poroschenkos Presseabteilung habe Biden die Ernennung Jurij Luzenkos zum Generalstaatsanwalt begrüßt und die Bereitschaft der USA erklärt, die Ukraine bei der Reform der Staatsfinanzen und der Korruptionsbekämpfung zu unterstützen.

14.05.2016	Präsident Petro Poroschenko legt sein Veto gegen ein Gesetz ein, das die Ausfuhrzölle auf ukrainisches Altmetall angehoben hätte. Die EU hatte erklärt, das am 21. April 2016 beschlossene Gesetz sei nicht im Einklang mit dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine, das seit dem 1. Januar 2016 in Kraft ist. Es könne die Fortführung der makroökonomischen Finanzhilfen der EU gefährden.
14.05.2016	Der Minister für »Fragen der vorübergehend besetzten Gebiete«, Heorhij Tuka erklärt, vorbereitende Arbeiten zum Bau eines Grenzzauns zwischen Russland und der Ukraine seien im Gebiet Luhansk angelaufen.
15.05.2016	In den frühen Morgenstunden gewinnt die krimtatarische Sängerin Jamala den Eurovision Song Contest mit einem Lied über die Deportation der Krimtataren unter Stalin im Jahr 1944.
16.05.2016	Petro Poroschenko verleiht der Sängerin Jamala für ihren Sieg beim Eurovision Song Contest die staatliche Ehrung »Volkskünstlerin«. Kulturminister Ewhenij Nischtschuk hatte dies bereits einige Stunden nach Bekanntgabe des Ergebnisses angekündigt.
16.05.2016	Die Ratingagentur Fitch prognostiziert ein Wirtschaftswachstum von 2 % für das laufende Jahr. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung schätzt das Wachstum ebenfalls auf 2 %, die Agentur Bloomberg dagegen prognostiziert ein Plus von einem Prozent.
16.05.2016	Nach Daten der staatlichen Statistikbehörde ist das ukrainische Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2016 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 0,1 % gewachsen.
16.05.2016	Die Fraktion des Blocks Petro Poroschenko wählt den Abgeordneten Ihor Gryniw zu neuen Fraktionsvorsitzenden. Zuvor hatte der ehemalige Innenminister Jurij Luzenko der Fraktion vorgestanden. Luzenko wurde am 12. Mai 2016 zum Generalstaatsanwalt ernannt. Das Amt des Fraktionsvorsitzenden musste daher neu besetzt werden.
17.05.2016	Bei Bauarbeiten im Kiewer Stadtzentrum wird ein Fundamentrest gefunden, der von einem Palast aus dem zehnten Jahrhundert stammt.
17.05.2016	Die staatliche Statistikbehörde meldet, dass im Jahr 2015 45 % mehr ausländische Investitionen in die Ukraine geflossen seien als im Vorjahr.
18.05.2016	Der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Oleksandr Turtschinow, erklärt bei einem Besuch in Litauen, die Ukraine stehe seit zwei Jahren mit Russland einem »Agressor« gegenüber, die Frage nach Waffenlieferungen aus den westlichen Staaten sei jedoch noch immer nicht entschieden.
18.05.2016	Ein Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft erklärt, Russland habe die ukrainischen Anträge auf Auslieferung des ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch nach mehr als anderthalb Jahren offiziell abgelehnt. Man vermute eine politische Motivation. In der Ukraine ist Janukowytsch wegen Veruntreuung von Haushaltsmitteln angeklagt. Er hält sich seit seiner Flucht im Februar 2014 in Russland auf.
18.05.2016	Präsident Petro Poroschenko kündigt an, einen Prozess der Verfassungsänderung in Gang zu setzen, der den Krimtataren auf der Krim mehr Selbstbestimmungsrechte gewähren soll. Bevor die Krim im Jahr 2014 von Russland annektiert wurde, war die Vertretung der Krimtataren, der Medschlis, von ukrainischer Seite nicht als offizielles Repräsentationsorgan der Krimtataren anerkannt. Ein russisches Gericht hatte die Organisation kürzlich verboten.
19.05.2016	Juristen bestreiten die Vorwürfe, nach denen der Fonds Prime Assets Capital, in dem Firmenanteile des Präsidenten Petro Poroschenko verwahrt werden, vier Millionen Euro ins Ausland überwiesen haben soll. Dokumente, die die belegen sollen, waren am 18. Mai 2016 auf der Website slidstvo.info veröffentlicht worden.
19.05.2016	US-Präsident Barack Obama kündigt an, Marie Yovanovitch auf den Posten der Botschafterin der USA in der Ukraine zu berufen. Der bisherige Botschafter Geoffrey Pyatt soll Botschafter in Griechenland werden.
19.05.2016	Das Parlament benennt mehrere ukrainische Städte um, deren bisherige Namen an die Sowjetzeit erinnern. Unter anderem erhält die ostukrainische Stadt Dnipropetrowsk einen neuen Namen – sie heißt nun Dnipro. Sie war im Jahr 1926 nach Grigorij Petrowskij benannt worden, der hohe Posten im sowjetischen Apparat bekleidete.
20.05.2016	Die Website »Mirotvorets« veröffentlicht eine Liste mit über 5000 Namen von Journalisten, die in den selbsternannten »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk akkreditiert sind. Eine ähnliche Veröffentlichung von Mirotvorets vom 12. Mai 2016 hatte große Empörung ausgelöst.
20.05.2016	Der Oppositionsblock, der zu Teilen aus ehemaligen Mitgliedern der Partei der Regionen besteht, beantragt beim Verfassungsgericht die Überprüfung der Ernennung Wolodymyr Hrojsmans zum neuen Ministerpräsidenten. Die Prozedur habe gegen die Geschäftsordnung und die Verfassung verstoßen.

21.05.2016	Der neue Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko meldet einige personelle Veränderungen in der Generalstaatsanwaltschaft. Diese betreffen vor allem die Untersuchung der Gewalt auf dem Maidan im Februar 2014 und die Verfahren gegen den ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowjtsch. Beides war in der Vergangenheit nur schleppend vorangekommen.
22.05.2016	Die Kämpfe an der Frontlinie im Donbass verschärfen sich erneut.
22.05.2016	Der ehemalige Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU Michail Gorbatschow erklärt in einem Interview mit der Sunday Times, er halte die Annexion der Krim für einen richtigen Schritt. Er selbst hätte in dieser Situation genauso gehandelt. Die Mehrheit der Bewohner der Krim hätten sich Russland anschließen wollen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

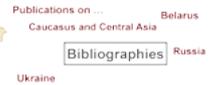
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php